SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 39

03/99
5. Jahrgang

Für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Blz: 100500 00 Kto. Nr. 0670017787

DER AZ-KAMPF GEHT WEITER • "LINKSREGIONAL" - INTERVIEW MIT DER AJA HD • SCHLUß MIT DER ANTIKURDISCHEN STIMMUNGSMACHE • PLANET ANTIFA IN HEIDELBERG • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM

„Es schadet nicht, wenn man gelegentlich eine feste Stuhlsäule durch den After drücken muß." *

Ja, endlich wieder eine *Sabo*! Nachdem uns in letzter **Zeit** des öfteren das scheinbar unab**wend**bare **Ende** prophe**zeit** worden war, macht es uns irgendwie glücklich, doch noch präsent zu sein: in Form dieser 39. Ausgabe. Aber es ist eigentlich schon richtig, sich ernsthafte Gedanken über die Zukunft unseres Zeitungsprojektes zu machen. Denn: Das Autonome Zentrum Heidelberg - seit unserem ersten Erscheinen eine der wichtigsten Basen für die Entfaltung unserer (ohnehin begrenzten) „Wirksamkeit" - ist Anfang Februar 1999 zerstört worden. Das heißt: die radikale Linke hier in Heidelberg und Umgebung hat einen weiteren Anlaufpunkt verloren; hat zunächst einmal keine Möglichkeit mehr, ihre Vorstellungen von Solidarität und Gleichheit in einem **gesellschaftlich relevanten** Rahmen zur Entfaltung zu bringen. Und das hat auch eklatante Auswirkungen auf die „Verteilbarkeit" der *Sabo*. *Wie*, vor allem aber *wo* kriegen wir den *Bewegungsmelder für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen* so schnell und so problemlos an die Frau/den Mann - wie das im AZ immer der Fall gewesen ist? Was „wir" an so einem Zentrum hatten, wird „uns" erst klar, wenn es „uns" genommen wurde! Der Kampf für ein neues AZ jedenfalls muß mit unvermindertem Engagement auf allen möglichen Ebenen weitergehen. Und daran werden auch wir uns beteiligen. Deshalb sind wieder einige Seiten dieser *Sabo* dem Thema „AZ HD" gewidmet. Zu unserem AZ-Text auf den Seiten ... wollen wir nur noch kurz sagen: Wir haben lange überlegt, ihn in dieser doch sehr kritischen Form abzudrucken. Vor allem an der Frage des „Einblickgebens" in szenische Problemfelder, die eventuell gar nichts in der Öffent-

Inhaltsverzeichnis:

zentren häuser wagenplätze

Der Kampf für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg geht weiter 6

internationales

Schluß mit der antikurdischen Stimmungsmache 21

politische gefangene

18. März 99 - Bundesweiter Aktionstag für die Freiheit aller politischen Gefangenen 23

Verhindern wir den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal - Jetzt! 25

antifa

Nazi-Aufmarsch gegen die „Verbrechen der Wehrmacht"-Ausstellung in Saarbrücken 27

Antifaschistische Widerstandswochen in Karlsruhe 29

Planet Antifa - Das offene Antifa-Treffen in Heidelberg 30

Den Nazis den Marsch geblasen! - Zum NPD-Aufmarsch am 05.09.98 in Göppingen 32

Kein NPD-Aufmarsch in Bruchsal am 20.03.99 33

linksregional

„Prinzipiell halten wir es für notwendig, daß in jeder Stadt eine offene Antifa-Gruppe existiert" - Interview mit der AJA Heidelberg 34

sonstige sabotage

Demos & Veranstaltungen 41

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im März/April 44

lichkeit zu suchen haben, schieden sich die redaktionellen Geister. Im Endeffekt haben wir ihn jetzt aber doch fast genauso gelassen, wie er ursprünglich vorgelegt worden war. Er ist gedacht als Diskussionsanregung, als kritische Auseinandersetzung mit linksradikaler Positionierung, als Infragestellung einiger kursierender Blauäugigkeiten. Er ist in diesem Sinne selbstverständlich gedacht als Text für die von uns angesprochene Politszene - und *nicht* als Diskussionsangebot für bürgerlich-reaktionäre Kreise, die in diesem Text ja als genau das entlarvt werden, was sie unseres Erachtens sind: Heuchlerische Menschenfeinde kapitalistischer, sexistischer, rassistischer Prägung. Und *deren* Auftrag in diesem Spannungsfeld folgerichtig nur sein kann: die staatstragenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse zur reproduktiven Eigenprivilegierung zu verteidigen. Vielleicht setzt er ja einen Diskussionsprozeß *innerhalb* der hiesigen Szene in Gang, der dazu führt, bestimmte Widersprüche klar zu benennen und Ungereimtheiten leichter aus dem Weg zu räumen. So etwas wünschen wir uns.

"Die Schranken der Diskursanalyse der Geschlechtsidentität implizieren und legen von vornherein die Möglichkeiten der vorstell- und realisierbaren Konfigurationen der Geschlechtsidentität in der Kultur fest. Das bedeutet..., daß die Schranken der Analyse auf die Grenzen einer diskursiv bedingten Erfahrung verweisen. Diese Grenzen wurden stets nach Maßgabe eines hegemonialen kulturellen Diskurses festgelegt, der auf binäre Strukturen gegründet ist, die als Sprache der universellen, allgemeingültigen Vernunft erscheinen. Somit ist die zwanghafte Einschränkung gleichsam in das eingebaut, was von der Sprache als Vorstellungshorizont möglicher Geschlechtsidentität festgelegt wird."

Judith Butler

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im

Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im

Internet:
http://www.autonomes-zentrum.org/sabotage/

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
Postfach 104520
69035 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabo@autonomes-zentrum.org

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Mit der AZ-Abservierung hat sich selbstverständlich auch unsere Anschrift ein neues Zuhause suchen müssen. (Ihr findet sie im Impressum.) Unsere elektronische Ausgabe im Internet (www.autonomes-zentrum.org/sabotage) wird ebenfalls neu gestaltet. Die Seite befindet sich im Moment zwar noch in den Anfängen, aber sie wird, so wie es unsere Zeit erlaubt, auf den neuesten Stand gebracht. Auf der Seite findet ihr jetzt schon unsere neue e-mail (sabo@autonomes-zentrum.org) und unseren PGP-public-key zum Download bereit gestellt.

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage

Postfach 104520, 69035 Heidelberg

Ansonsten - und das sei allen gesagt, die von unserem Untergang ausgegangen sind - bleibt dann aber doch alles beim alten: Unsere Erscheinungsweise, die sich auf Grund des vorübergehenden Wegfalls des Autonomen Zentrums nicht mehr zwingend an die „Einmonatlichkeit" halten muß, steht für die nächste Zeit auf relativ sicheren Beinen, auch finanziell trudeln wir noch nicht auf ein absolutes Desaster zu, und der Stoff (aus dem die *Sabo* ist) wird uns auch nicht so schnell ausgehen. (Im Gegenteil: Diese 39. Ausgabe ist die umfangreichste, die wir je hatten! Wir mußten sogar noch auf ein paar Seiten verzichten.) Was es aber erstmal nicht mehr geben wird, ist das AZ-Programm auf den beiden Mittelseiten. Die Erstellung dieser beiden Seiten hat uns zwar immer sehr viele Nerven gekostet; aber jetzt - im nachhinein - denken wir, daß es fast nichts schöneres gebe, als ein Monatsprogramm zu erstellen: **für** ein Autonomes Zentrum in Heidelberg.

Was sonst noch so geschehen ist in den eineinhalb Monaten unseres Nichterscheinens, entnehmt ihr wie immer den folgenden Seiten. Da findet ihr dann unter anderem Texte zum sogenannten „Kurden-Konflikt", zur Demo in HH, zu Bruchsal, zum 18.03., zur AJA, zu Veranstaltungen. Leider unberücksichtigt bleiben mußten Ausführungen von Frauengruppen aus Heidelberg zum Internationalen Frauenkampftag am 08. März, da uns diese nicht rechtzeitig erreicht haben.

Gewidmet ist diese *Sabo* dem algerischen Migranten Omar Ben Noui. Er wurde in den frühen Morgenstunden des 13. Februars von rassistischen Mörderbanden in den Tod gehetzt. Der brandenburgische Ort Guben (an der deutsch-polnischen Grenze), in dem Omar Ben Noui auf Grund einer Verletzung einer Hauptschlagader in der Kniekehle verblutete, war schon seit längerem bekannt für seine alltägliche Zurschaustellung **deutscher Normalität**: in Form von marodierenden, „ausländerInnen"jagenden Nazibanden! Jetzt hat dieser menschenverachtende, national-(„sozial")istisch aufgeladene Mob wieder einmal ein Opfer gefunden, dessen *einzige* „Aufforderung zum Mord" darin bestand, der Identitätskonstruktion „*nicht-deutsch*" zu entsprechen. Zu die-

ser Tat angestachelt wurden diese „deutschen" Killer wieder einmal nicht „nur" von ihrer eigenen kranken „Ideologie", sondern vor allem von den bis tief ins „Mark" der postfordistischen BRD-Gesellschaft eingebrannten (Neo-)Rassismen, die durch solche folgenschweren Treibjagden physische Entladung finden. Das Übrige bewerkstelligt dann eine gesellschaftlich etablierte, kampagnenabhängige Hetze gegen alles „Nicht-Deutsche", die zur Zeit in der Unterschriftenaktion der CDU/CSU gegen die (politisch ohnehin bereits äußerst problematische) doppelte StaatsbürgerInnenschaft ihren Kulminationspunkt findet:

Was hierbei (völlig unreflektiert) an Inhalten transportiert wurde/wird, läßt nur eine Handlungsanweisung zu: „*Deutschland den Deutschen - Ausländer 'raus*!" Und genau dazu wollten die Faschisten in Guben ihren Beitrag leisten. Daß das wiederum die brandenburgische CDU nicht davon abhält, auch weiterhin an ihrer Unterschriftenaktion gegen die doppelte StaatsbürgerInnenschaft festzuhalten, dürfte klar sein. Der frühere Berliner Innensenator, seines Zeichens rassistisch motivierter Law and Order-Hardliner, hat es sich als neuer CDU-Landesvorsitzender Brandenburgs nicht nehmen lassen, in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen, daß ihn „*der Vorfall ... sehr nachdenklich gestimmt* [hat], *aber wir leisten mit unserer* [Unterschriften-]*Aktion keinen Vorschub für solche Taten*". Angesichts solcher Heuchelei, die an menschenverachtendem Zynismus nicht zu übertreffen ist, wird es uns nur noch übel, und wir wünschen allen, die zu einem gesellschaftlichen Klima beigetragen haben/beitragen, in dem alles als „fremd" Konstruierte zu jederzeit angreifbarem Freiwild deklariert wird, alles Übel dieser Welt.

Autonomes Redaktionskollektiv

* Dieses grandios-fäkalistische Zitat ist dem Text „**Körpergerechtes Stuhlverhalten**. *Selbsthilfe bei innerem Vorfall*" entnommen, den die Heidelberger Trash-Kombo BABYFASSUNG ihrem Konzept-Tape „*Starlet*" beigelegt hat. Wenn ihr in den Genuß des ganzen Textes kommen wollt, der vom Anfang bis zum Ende so ernst gemeint ist wie das Amen in der Kirche, dann könnt ihr Kontakt zu folgendem Menschen aufnehmen, der euch dieses Tape für ein paar Märker gerne zuschickt: Tobias Grieshaber, Rathausstraße 66, 69126 Heidelberg.

Der Kampf für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg geht weiter!

Am 06.02.1999 hat in Heidelberg die dritte bundesweite Demonstration für ein selbstverwaltetes Zentrum stattgefunden. Unter den Mottos *„Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!“* und *„Unser Haus könnt ihr zerstören - Unsere Ideen nicht!“* zogen mehr als 1200 Menschen durch die *„Neckarstadt mit Herz“*, um ihrem Kampf für ein neues AZ-Domizil massenhaften Ausdruck zu verleihen. Das war - zumindest zahlenmäßig - sicherlich absoluter Höhepunkt der seit über zwei Jahren laufenden AZ-Kampagne, die sehr viele Menschen zu Aktionismus und Engagement mobilisiert hat. Mit dem Erreichen dieses Kulminationspunktes sind aber auch einige (scheinbar unlösbare) Dissonanzen zum Vorschein gekommen, über die es sich im nachhinein durchaus zu diskutieren lohnt.

Nun aber der Reihe nach: Kurz nach dem ohnehin unverschämt späten Erscheinen der Januar-*Sabo* haben am 24.01.1999 weit mehr als 700 Leute das ehemalige Bahnausbesserungswerk der Bahn AG im Heidelberger Stadtteil Wieblingen-Ochsenkopf besetzt, um dort *„in Form einer vierstündigen Party ... den Kampf des **Autonomen Zentrums Heidelberg (AZ)** für ein neues, gleichwertiges Gebäude tatkräftig zu unterstützen“* (aus dem Flugblatt des verantwortlich zeichnenden **Komitees** *„Kein Tag ohne Autonomes Zentrum“*). Danach überschlugen sich die Ereignisse bis zur Demo fast. Nicht nur, daß es in der Interimszeit diverse „flankierende“ Aktionen aus dem AZ-SympathisantInnen-Umfeld gegeben hat - unter anderem Sprühereien, Eingriffe in den Bahnverkehr, Entglasungsaktionen bei der Dresdner Bank, bei BürgerInnenämtern und bei der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) - nein: darüber hinaus ist am 01.02.1999 genau diese GGH neue Besitzerin jenes Areals geworden, auf dem das AZ fast acht Jahre lang stand; keine zehn Minuten nach der Übergabe der AZ-Schlüssel an den Heidelberger Liegenschaftsamtsleiter begannen - vor den Augen der etwa 70 anwesenden AZlerInnen - die Abrißarbeiten; und am 04.02.1999 sind AZ-Vertreter, Gemeinderatsmitglieder, ein GAL-Vorstand und weitere dazubestellte Personen bei der Begehung eines aussichtsreichen Ersatzobjektes abgewiesen worden: vom persönlichen Referenten der Oberbürgermeisterin und dem bereits angesprochenen Liegenschaftsamtsleiter. Und dann begann die Hetze im bürgerlich-kapitalistischen Hetzblättchen *„Rhein-Neckar-Zeitung“* (RNZ); begleitet von polizeilichen Horrorszenarien, in denen die Erschütterung von *„Recht und Ordnung“* heraufbeschworen wurden - durch das bei der Demo vermutlich versammelte Gewaltpotential.

Es widerstrebt uns ja eigentlich, auf sicherheitspolitische Entgleisungen bürgerlicher HetzerInnen einzugehen, aber in diesem Falle sind sie perfekter Aufhänger für die kritische Durchleuchtung eines Problemfeldes, mit dem es einige der AZ-AktivistInnen in letzter Zeit wohl häufiger zu -

AZ-Demo am 06.02.99

tun hatten und das mit folgender Frage abgesteckt werden kann:

„Wie weit kann sich ein revolutionär gesinnter Zusammenhang auf die Mechanismen herrschaftsstützender Politik einlassen - die hier von der Presse, der Stadt(verwaltung), staatstragenden Parteien, der Polizei repräsentiert wird -, ohne *unglaubwürdig* zu werden?"

Um diese Frage, die keine eineindeutige Antwort zuläßt, weil ihr idealtypisches Geplänkel nicht im entferntesten gerecht wird, überhaupt in Angriff nehmen zu können, ist es notwendig, mit einem kleinen Exkurs den Hintergrund zu erhellen, vor dem sie sich stellt. Wir haben zu diesem Zweck den Text „*Break Down The Walls*" hervorgekramt, der hier in Heidelberg vor einigen Jahren veröffentlicht wurde und sich - unter etwas anderen Vorzeichen - mit diesem Thema auseinandersetzt. Wir zitieren *die* Teile daraus, die mit der angesprochenen Problematik zu tun und an Aktualität nichts eingebüßt haben. Wir haben uns erlaubt, aktuelle Anmerkungen in die Passagen einzubauen, um die Herstellung des Bezuges zu erleichtern. Im Anschluß daran schlagen wir den Bogen zu der bürgerlichen Hetze der letzten Tage, die szenedichotomisierende Wirkung entfalten sollte:

» D[as Autonome Zentrum Heidelberg] soll[te] als von bestimmten Ansprüchen strukturell geprägtes Gebäude eine gewisse Anziehungskraft auf ebenfalls revolutionär gesinnte Menschen ausüben, um das über wirksame Öffentlichkeitsarbeit rekrutierte „Potential" an einem Punkt räumlich konzentrieren zu können. [Dann sollte darin] ... ein Vorleben antipatriarchaler, antirassistischer, antikapitalistischer, basisdemokratischer Verhaltensweisen „massenhaft" erprobt [werden], [um] ... von hier aus [einen] stetig stärker werdende[n], theoretisch unterbaute[n], praktisch eingeübte[n] Kampf gegen das verhaßte Establishment [führen zu können].

[Nun geschieht dies alles aber in] einem extrem **interventionistischen,** [massendemokraturischen Regulations-, Wachstums- und] Sozialstaat bürgerlich-kapitalistischer Prägung...: Und dort greift „Vater" Staat als durchorganisiertes Massensystem institutionell weit in die Poren der postfordistischen Gesellschaft hinein; er verfolgt uns hier ... mit wachsamen Augen bis in die kleinsten Bereiche unseres täglichen Lebens hinein, indem er die von ihm verfassungsgemäß zu wahrenden Rechte/Grundsätze als *wesentliche* Elemente seiner rechtsstaatlichen Ordnung zu grundgesetzlich verankerten „Allgemeingültigkeiten" erklärt. Und die hat er als „übergeordnetes", behütendes Organ schließlich zu schützen. Dabei steht ihm - neben anderen, ebenfalls sanktional anwendbaren Möglichkeiten - vor allem das **Gewaltmonopol** zur Verfügung, das er auf sich vereint, um mit der geballten Faust des Staates effektiver gegen Zuwiderhandlungen vorgehen

Dokumentation

» Wir haben in der nacht zum 17.1.1999 eine barrikade aus baumstämmen auf den schienen der heidelberger bergbahn errichtet.

die aktion ist als teil des kampfes um ein dauerhaftes az in hd zu verstehen:

wenn die stadt hd die nutzerInnen in ihren forderungen nicht ernst nimmt, werden die nutzerInnen in der zukunft hd's image einer perfekten touri-stadt schaden zufügen.

eine gefährdung von personen haben wir ausgeschlossen: 1. bei auf den schienen liegenden stämmen handelt es sich um einen fall, auf den die hsb immer vorbereitet sein muss, um die sicherheit ihrer fahrgäste zu gewährleisten. 2. wir haben als warnung von 2 seiten absperrband vor der barrikade über die trasse gespannt.

az jetzt oder es donnert!!!«

AUTONOMES UNWETTER

zu können.

Kommt es in so einem autoritärrigiden Staat dann aber trotzdem zu einer örtlichen Zusammenballung von Menschen, die ihre Sozialutopien kollektiv konkretisieren wollen [und sich zu diesem Zwecke im AZ Heidelberg getroffen haben], so wird dies zu einer Bedrohung der Inneren Sicherheit; sie geht nämlich über die Duldung, sich einzeln, von anderen abgekoppelt Gedanken über radikale Alternativen zum bestehenden Unterdrückungssystem machen zu dürfen, weit hinaus: Der Traum von der Revolte soll *innere* Gedankenspielerei einiger weniger bleiben und sich nicht als Transformator in die *äußere* Realität von vielen gießen lassen.

Und um *diese* todgeweihte VerINNERlichung revolutionärer Gesellschaftsentwürfe zementieren zu können, bleiben dem Staat [oder einer Stadt(verwaltung)] in solchen Fällen der Herausforderung immer zwei Möglichkeiten. Entweder schlägt er [sie] mit einer Demonstration brachialer Verfügungsgewalt, die sich per definitionem allein in seinem [ihrem] Besitz befindet, in diese Ansammlung aufrührerischer Kräfte hinein, um es später öffentlichkeitswirksam als Schutz der wehrhaften Demokratie und der verfassungsmäßigen Rechtsstaatlichkeit vor den bedrohten BürgerInnen legitimieren zu können.

Oder er [sie] läßt solche Zentren [wie das AZ] (zunächst einmal) physisch unangegriffen, um damit gleich mehrere Ziele verfolgen zu können:

Als erstes muß hierin die Verwirklichung einer „Befriedungspolitik" gesehen werden, vermeintlich militante, verfassungsfeindliche, „linksfaschistische" Kräfte an einem einzigen Ort bündeln zu können, mit dem „allein" sie sich zu"frieden" geben müssen. Fortan sollen unangenehme Demonstrationen, für das jeweilige [tourismusorientierte] Stadtbild unvorteilhafte Hausbesetzungen, Anschläge, Sprühereien, ... ausbleiben, weil (vielleicht)

Dokumentation

» Wir sind amüsiert! 2 Jahre oder sogar noch länger hatten Beate Weber und ihre Stadtverwaltung Zeit, sich um ein neues Domizil für das AZ zu kümmern, also Beate Webers Versprechen vom Winter ´97 einzulösen. Erst in den letzten Wochen, nach zahlreichen legalen wie illegalen, friedlichen wie militanten Aktionen zur Unterstützung des Kampfes für ein neues AZ ist endlich Bewegung in die Sache gekommen.

Geben Sie es zu, Frau Weber: Sie hatten gehofft, das AZ hätte nicht noch einmal die Kraft der letzten Jahre, wo die Räumung schon mehrmals bevorstand und ebenfalls nur durch massiven Druck verhindert werden konnte. Sie hatten gehofft, das AZ würde mehr oder weniger sang- und klanglos von der Heidelberger Bildfläche verschwinden.

Sie haben sich getäuscht! Und jetzt (in der RNZ von heute, 10.2.99) erdreisten Sie sich zu drohen, falls die Sachbeschädigungen an städtischen Einrichtungen nicht aufhören, das zu tun, was Sie die ganzen letzten Jahre auch getan haben:

Einen Scheißdreck.

Wir wiederholen uns: wir sind amüsiert! Trotzdem haben wir beschlossen, unsere Aktionen für unbefristete Zeit einzustellen, um Raum zu schaffen für Verhandlungen. Und dazu fordern wir auch alle anderen Gruppen auf, die zu kriminalisierbaren Aktionsformen greifen. Falls es sich jedoch herausstellen sollte, daß Ihre momentanen Aktivitäten wieder nur Augenwischerei und Befriedungstaktik sind, werden wir die Aktionen in gesteigerter Intensität wieder aufnehmen.

Das war erst der Anfang. Unsere Wut ist grenzenlos!«

verschiedene autonome gruppen

- Widersprüche *inner*halb der räumlich zu"frieden"gestellten„Szene" aufbrechen und projektgefährdende Selbstzerfleischungstendenzen auslösen,
- die lähmende Erfüllung ganz „alltäglicher", aber für den Fortbestand des Zentrums unablässiger papierkriegerischer „Kleinigkeiten" enorm zunimmt,
- nach geraumer Zeit eine allgemeine, zersetzende „Null-Bock-Mentalität" um sich greift.

Zweitens können Leute, die sich zu jeder sich ergebenden politischen Gelegenheit immer oder häufig an einem einzigen zentralen Ort treffen, um von dort aus die darin zusammen erarbeiteten, diskutierten, „gemanagten" Aktionen jedweder Art koordinieren und dann gezielt ausführen zu können, viel besser beobachtet, kontrolliert, observiert werden als sonst irgendwo: Öffentlich zugängliche und damit von äußeren Elementen infiltrierbare Orte solchen Cha-

» Zu der von Beate Weber geforderten *öffentlichen* Erklärung der AZ-Vollversammlung, jede Art von Sachbeschädigung beenden zu lassen (*siehe RNZ vom 10.02.1999*), stellen wir Folgendes fest:

Weder die Vollversammlung des Autonomen Zentrums noch irgendein 'AZ-Vertreter' hat jemals zu Sachbeschädigungen oder anderen 'strafbaren Handlungen' aufgerufen.

Insofern beinhaltet die Erklärung von Frau Weber eine ungeheuerliche Unterstellung und kommt in ihrer Intention einer üblen Verleumdung gleich.

Frau Weber sollte sich in diesem Zusammenhang fragen lassen, wer sich hier eigentlich strafbar macht. Wir jedenfalls haben mit all unseren Presseerklärungen und in acht Jahren politischer Arbeit immer wieder gezeigt, daß nicht *wir* es sind, die an einer Eskalation interessiert sind. Demzufolge sehen wir keinen Anlaß darin, auf Befehl der Oberbürgermeisterin mediengerecht inszenierte, vorformulierte Bekenntnisse zu veröffentlichen, uns also erpressen zu lassen. Da wir *nicht* die UrheberInnen der beanstandeten Aktionen sind, ist es uns auch schlicht unmöglich, *„deutlich öffentlich zu sagen, daß jede Art der Sachbeschädigung sofort eingestellt wird"* (Beate Weber).

Die Stadtverwaltung war entgegen ihrer Aussagen zwei Jahre lang nicht bereit, mit der Bahn über ein mögliches Gebäude für das AZ zu verhandeln, obwohl mittlerweile bekanntgeworden ist, daß beispielsweise das ehemalige Bahnausbesserungswerk am Wieblinger Ochsenkopf seit langem vermietbar ist.

Dokumentation

Wenn jetzt zwei eingeschlagene Scheiben zum Anlaß genommen werden, die kaum begonnenen Verhandlungen platzen zu lassen, läßt das erhebliche Zweifel aufkommen, ob die Stadt überhaupt noch an einer Ersatzlösung für das Autonome Zentrum interessiert ist.

Im übrigen liegt es an Beate Weber und der Stadtverwaltung, durch die Bereitstellung eines neuen, gleichwertigen Gebäudes eine weitere Eskalation zu verhindern. Die autonomen Gruppen, die für die Sachbeschädigungen der letzten Tage verantwortlich sind, haben jedenfalls erklärt, ihre *„Aktionen für unbefristete Zeit einzustellen"* (siehe Pressemitteilung der AZ-VV vom 10.02.1999). Damit gehen wir davon aus, daß die Verhandlungen weitergehen und zu einem erfolgreichen Abschluß kommen werden.«

Pressemitteilung der Vollversammlung des Autonomen Zentrums (im Exil) vom 11.02.1999

rakters sind - im staatlichen Sinne - *immer* angreifbarer als klandestine, konspirative „Privat"unterkünfte, in denen sich von der Außenwelt abgeschirmte Zellen zur Absprache treffen.

Drittens ist ein „Entgegenkommen" der jeweils zuständigen öffentlichen Behörde, die im kommunalen Normalfall dem Zuständigkeitsbereich der hinsichtlich städtischer Gebäude letzten Entscheidungsinstanz - also der/s OberbürgerInnenmeisterin/meisters - unterworfen wird, als mit dem meinungsfreiheitlich-pluralistischen Charakter des Grundgesetzes vereinbarer Akt der Toleranz gegenüber Andersdenkenden verkaufbar. [Beate Weber ist ein perfektes Beispiel für solch eine aufgesetzte Attitüde.] Nutznießerin soll dann im Endeffekt die jeweils dahinterstehende politische Partei werden, die das Kräfteparallelogramm mit den anderen Machtanwärterinnen über wirksame Aktionen im Interesse des Gemeinwohls zu ihren Gunsten verschieben will, um das nächste Mal wieder gewählt zu werden, also alles in allem ihre Macht erhalten zu können.

Viertens ist es möglich, die von einem politischen Zentrum räumlich umrahmte außerparlamentarische Bewegung mit medialer Unterstützung fein säuberlich in Mehrheit und Minderheit zu unterteilen: Die Mehrheit der dort Verkehrenden ist ja eigentlich ganz gutmütig, reformorientiert und moderat, während sich eine Minderheit radikal und extremistisch gebärdet. So können die Oppositionellen des jeweiligen Zentrums in zwei klar zu unterscheidende, einfache, stereotype Gruppen polarisiert werden:

- auf der einen Seite die „Alternativen", deren Forderungen als in begrenztem Maße legitim erachtet werden können;
- auf der anderen Seite die linksradikale, kadergeschulte Minderheit, die sich an die Spitze der Bewegung setzen und sie für ihre Zwecke mißbrauchen will.

Nicht die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse, die Ausbeutung, die Repression, die Kriegsgefahr, der Neo-Faschismus oder das rassistische/patriarchale Herrschaftssystem haben dazu geführt, daß sich ein paar Menschen ein Gebäude als Ausgangspunkt für die Transformation der Gesellschaft erkämpft haben, sondern eine unbedingt zu isolierende Gruppe terroristischer ExtremistInnen hat einen Haufen von willfährigen

KOMMENTAR

Alternativen

(...)

In diesem Sinne allerdings sind die „Autonomen" aus dem Heidelberger AZ gar keine. Wer sich die Mühe macht, mit den jungen Leuten zu reden, wer sich gar schon einmal eine der Parties angeschaut hat, die sie jetzt seit Jahren an jedem Samstag in ihrem Domizil gefeiert haben, der wird feststellen, daß es dabei nicht um den Umbau der Gesellschaft ging, noch nicht einmal um die Verbesserung der Welt. Vielmehr trafen sich dort junge Männer und Frauen, die tanzen wollten ohne Kommerz, und die einfach einen Platz gesucht und gefunden hatten, wo sie ungestört ein bißchen anders sein durften. Fast ein bißchen wie die Hippies, die ihre Eltern damals waren oder gerne gewesen wären, wenn man ihnen seinerzeit ein Plätzchen dafür offeriert hätte. Ein Hort des Subversiven und des politischen Extremismus war es wirklich nicht, dieses Heidelberger Autonome Zentrum – auch wenn es die handvoll tatsächlich Extremer, die es dort vielleicht noch gab, gar nicht gerne hören werden. Im Grunde war dieses AZ längst nicht mehr und nicht weniger als eine Art alternatives Jugendzentrum, in dem sich eben die trafen, die ihre Freizeit auf ihre eigene Art verbringen wollten. Daß dabei auch Nischen geschaffen wurden für Randgruppen wie Schwule oder Lesben – wem hat es letztlich wehgetan?

Warum also nicht einfach weg mit dem furchterregenden Namen „Autonomes Zentrum"? Warum künftig nicht einfach „Alternatives Zentrum für junge Leute"? Dann könnte sogar das Kürzel „AZ" erhalten bleiben.

(...)

Peter Wiest

RNZ vom 02.02.99

MitläuferInnen & Verführten gegen „Vater" Staat aufgehetzt.

Und fünftens kann ein politisches Zentrum, in dem die unterschiedlichsten Menschen zu den unterschiedlichsten Zwecken zusammenkommen, als exemplarisches Anschauungsobjekt von jenen instrumentalisiert werden, die ihre von Herrschaft, Macht, Unterdrückungsmechanismen, Autorität, Gewalt, Hierarchie, Eliten zusammengehaltenen Gesellschaftsstrukturen als die vergleichsweise stabilsten und dauerhaftesten in Abgrenzung zu anderen heroisieren wollen. Kommt es nämlich in so einem **staatlich [oder städtisch]** ***geduldeten*** Zentrum [wie dem AZ] im Laufe der Zeit zu *inneren* Spannungen zwischen Frauen & Männern, Privilegierten & Unterprivilegierten, Aktiven & Passiven, Gewaltfreien & Militanten, Heteras/os & Schwulen/Lesben, „Erfahrenen" & „Unerfahrenen", ..., die den anfänglich vom *gemeinsamen* Kampf getragenen Zusammenhalt auseinanderreißen und ihn handlungsunfähig machen, dann kann die „Außenwelt" im Bewußtsein der eigenen Stärke den bereits im Keime angelegten Niedergang eines egalitären, antikapitalistischen, herrschaftsfreien Kollektivs als *unvermeidlich* hinstellen.

Es gibt bestimmt noch mehr Ziele, die (vom Staat) [oder einer Stadt(verwaltung)] verfolgt werden können: *immer* aber sind selbstverwaltete Zentren gegenkultureller Prägung **staatlicher [städtischer] Willkür** ausgesetzt, weil es aus der Perspektive jenes Apparates, der ausgehöhlt und damit längerfristig zum Einsturz gebracht werden soll, nur eine *einzige* Sichtweise gibt, von der aus er sein Handeln bestimmt. Um nämlich als durch demokratische Wahlen legitimierter Hüter der gesellschaftlichen Stabilität eine größere Gleichheit der Lebenschancen in den Bereichen Einkommenssicherung, Gesundheit, Wohnen & Bildung gewährleisten und Machtverhältnisse auf ein Minimum reduzieren zu können, übernimmt ein [postkeynesianischer Regulations- und] Sozialstaat wie die BRD eine *aktive*, regulierend eingreifende Rolle in der Steuerung wirtschaftlicher und sozialer Abläufe. Im Klartext heißt dies: Die hegemonialideologisch geführten Institutionen des staatlichen Organisationsgebildes, das die Summe an mit der kapitalistischen Industrialisierung entstehenden Interventionen und Verhaltensregeln darstellt, verschmelzen im Interesse politischer, ökonomischer, bürokratischer, kultureller, militärischer, männlicher Eliten zu einer Totalität, die einen Panzer gegen Widerstände bildet. Strömungen, die den für sie unzumutbaren Status quo gegen einen völlig neuartigen Gesellschaftszustand eintauschen wollen, sollen als wachsende Oppositionen herrschaftsfeindlicher Couleur entweder ins bestehende warenproduzierende System absorbiert oder in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit gedrängt, in jedem Falle aber *eliminiert* werden.

Der von geistigen und moralischen Eliten geprägte Staatsapparat, in dem über bestimmte repräsentationssystematische Legitimationen des bestehenden Regimes die durch „demokratische" Wahlen anscheinend gesamtgesellschaftlich an-

Hotline für besorgte Bürger

Polizei auf AZ-Demo vorbereitet – Doch neues Domizil in Sicht?

wit. Die Heidelberger Polizei hat für die Demonstration zum Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ) am morgigen Samstag zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Wie Pressesprecher Otmar Wolf gestern mitteilte, wurde darüber hinaus für besorgte und informationssuchende Bürger eine sogenannte „Info-Hotline" eingerichtet. Unter den Rufnummern 06221/99 10 12 und 99 10 13 können morgen ab 8 Uhr Informationen abgerufen werden.

Wie Wolf weiter mitteilte, rechnet die Polizei aufgrund der bisherigen Vorkommnisse und der Erkenntnis, daß bundesweit via Internet zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen wurde, mit einer großen Zahl von Demo-Teilnehmern. „Wir können nicht ausschließen, daß es dabei zu Störungen der öffentlichen Ordnung kommt", sagte Wolf.

(...)

RNZ vom 05.02.99

erkannte Machtstruktur als die vorteilhafteste gestützt werden soll, wird so zum gewalttätigen Produzenten eines **allgemeinen Konsenses** zum Jetzt-Zustand.

Und in so einem omnipräsenten Staat sind außerparlamentarische Bewegungen [die ja auch im AZ zusammengekomen sind] als Verletzerinnen der Spielregeln des parlamentarisch-demokratischen Systems anmaßende Störenfriede & Unruhestifterinnen, die unkonventionelle politische Kommunikations- und Artikulationsorte für sich in Anspruch nehmen, keine formale Legitimation besitzen und somit die Innere Sicherheit, die Ruhe & Ordnung sowie die Moral *bedrohen*. Sie stellen - bei aller vorgegaukelten Liebe zur Toleranz gegenüber Anders-/Querdenkenden - Dorne im Auge der monopolisierten Staatsgewalt dar; vor allem, wenn sie sich unter völliger Abkoppelung eine tauschobjektivierte, auf längere Zeit angelegte und unter eigenverantwortlichen/selbstverwalteten Prämissen stehende Subsistenzwirtschaft aufbauen. [Was ja im AZ *nicht* möglich war, weil es *keinen* Lebens-/Wohnzusammenhang darstellte.]

Dann gefährden sie nämlich *ernsthaft* die von diesem bürgerlich-kapitalistischen System getragenen und mit aller Vehemenz in die verblendeten Massen gepushten Werte reaktionären Charakters (Traditionsbewußtsein, Leistungswahnsinn, Ehe/Kleinfamilie, Patriotismus, Unterwürfigkeit, Zwangsheterosexualität, bürgerliche Moral, Law & Order, Religionseifer, ...); dann wirken sie im deutlichen Gegensatz zu den vielen rechtsextremen/(neo)nazistischen Gruppierungen, die als einkalkulierbare ordnungspolitische Faktoren eher eine im staatlichen Interesse betriebene Verstärkung/Radikalisierung dieser in völkische Kategorien integrierbaren Normvorstellungen anpeilen und deshalb system(unter)stützende Aufgaben übernehmen (können), in all ihrer Konsequenz *staatsfeindlich*.

Also [auch im Falle des AZs] bereits von einem „freien" Raum zu reden, nur weil *sie* [die staatlichen bzw. städtischen Institutionen] uns die

KOMMENTAR

Auf dem Prüfstand

(...)

Gleichzeitig allerdings mehren sich auch die Zeichen dafür, daß die Heidelberger „Autonomen" selbst am morgigen Samstag höchste Gefahr laufen, auf einen Schlag das endgültige Grab für ihr „Zentrum" eigenhändig zu schaufeln. Für die Demonstration durch die Inennstadt nämlich interessieren sich offenbar autonome Gruppen aus der gesamten Bundesrepublik sehr stark, nachdem via Internet dazu aufgerufen wurde. Und diese Gruppen haben leider mit den überwiegend friedfertigen Heidelbergern nicht allzu viel gemein – auch wenn sie es abstreiten werden. „Autonome" aus Hannover, Berlin oder Hamburg kommen sicherlich nicht an den Neckar, weil ihnen ein Erhalt der hiesigen Einrichtung so wichtig erscheint. Erfahrungsgemäß geht es diesen vielmehr fast immer um etwas ganz anderes: nämlich schlichtweg um Randale, und zwar ausschließlich um der Randale willen.

(...)

Die Geister zu bändigen, die das AZ nach Heidelberg gerufen hat: das ist jetzt die große Aufgabe aller Demonstranten, die am Fortbestand der Einrichtung Interesse haben. Denn falls morgen der erste Stein fliegt, dann wird er genau dort hintreffen, wo ihn die meisten Demonstranten nicht haben wollen, und wo es am meisten wehtut: mitten ins Mark des Autonomen Zentrums selbst. „Test your AZ" steht deshalb ganz groß über der Demo, bei der innerhalb weniger Stunden die gesamte Zukunft der Einrichtung auf den Prüfstand kommt. Und man kann nur hoffen, daß sich die jungen Frauen und Männer, die morgen auf die Straße gehen, darüber vollkommen im klaren sind: sollte etwas schiefgehen, dann kann und wird das Testergebnis lauten „Klappe zu - AZ tot".

Peter Wiest

RNZ vom 05.02.99

An die Bürger Heidelbergs hat die Polizei eine zentrale Botschaft: Jeder kann mithelfen, daß die Demonstration friedlich bleibt.

Dazu können auch die skeptischen Heidelberger im wohlverstandenen eigenen Interesse einen wichtigen Beitrag leisten, in dem sie entlang der Demonstrations-Route keine Autos abstellen. Auch die Botschaft an die Adresse der Verantwortlichen des Autonomen Zentrums ist klar: „Wir gehen von einer friedlichen Demonstration für den Erhalt eines Autonomen Zentrums in Heidelberg aus", so der Sprecher der Polizeidirektion, Otmar Wolf. „Unser Ziel ist es, im Vorfeld Gewaltpotential aus der ganzen Sache herauszunehmen", so Wolf. Die Polizei sei von den friedlichen Vorsätzen und Absichten der Heidelberger Demonstranten überzeugt, so der Polizeisprecher. Ein Unsicherheitsfaktor sei das „autonome Potential von außerhalb". Zu der Demonstration sei bundesweit aufgerufen worden. Es sei gut denkbar, daß „einige nur kommen, um Randale zu machen".

RNZ vom 06.02.99

rechtlich korrekte, amtlich verfolgte, behördlich genehmigte, finanztechnisch kontrollierte Nutzung einer ihrer Räume gnädigst überlassen haben, in dem

- es Voküs [„Volksküchen"] gibt,
- sich link(sradikal)e Gruppen treffen,
- nicht-kommerzielle Konzerte oder Discos stattfinden,
- politische Veranstaltungen durchgeführt werden,
- sich Werkstätten, Fotolabors, Proberäume befinden,

ist [fast schon so etwas wie] Selbstbetrug.

Um den unangebrachten Begriff „Freiraum" ganz unnötig werden zu lassen, gilt es demnach, einen - absichtlich militärisch ausgedrückten - „Kampf an zwei Fronten zu führen":

- an der *inneren* Front *gegen* Machtkonzentration, Männerwahn, Oligarchisierungstendenzen, Arroganz, Konzeptlosigkeit, Rassismen, Hierarchisierungen, Kapitalismen, Theoriefeindlichkeit, den Verlust revolutionären Bewußtseins, ...;
- an der *äußeren* Front *gegen* das uns bevormundende, beherrschende, bewachende System.«

(aus „Break Down the Walls")

Und genau im zuletzt Postulierten liegt die Schwierigkeit, das scheinbar unlösbare Dilemma. Ohne überhaupt so etwas wie **Dialogbereitschaft** zu signalisieren, hätte es in Heidelberg so etwas wie das Autonome Zentrum niemals gegeben. Also endete der *„Kampf an der äußeren Front"* - wenn es ihn denn gegeben hat -, all die Jahre immer genau dort, wo die Grenzen der Toleranz all derer überschritten worden wären, von deren **Duldung** „die AZlerInnen" profitiert haben. Im Klartext: Das AZ ist - so hart das jetzt auch klingen mag - von Grund auf das in Stein gehauene Produkt eines „Kompromisses". Aber, und das darf bei aller Härte des Urteils nicht in Vergessenheit geraten: ein Kompromiß **zugunsten** eines systemantagonistischen Potentials. (Es ist allemal besser, ein solches Zentrum zu „haben" - als gar keins!) Denn zu Kompromissen müßte sich erst dann niemand mehr „zwingen" lassen, wenn die jetzige Gesellschaftsformation in eine herrschaftslose transformiert worden wäre. Bis dahin sind wir gefangen in den Widersprüchen, die uns das postfordistische Akkumulationsregime aufbürdet. Kommt es also, um wieder zu unserer Eingangsfrage zu kommen, „nur" darauf an, bis zu welchem Grad Kompromisse eingegangen werden müssen, wie weit gegangen werden kann, ohne das „revolutionäre Gesicht" zu verlieren.

Die Zweischneidigkeit des Kampfes für ein Zentrum

Und da bietet allein das letzte Jahr AZ-Kampf in Heidelberg genug Anschauungsmaterial. Dieser Kampf hat sich, um es auf einen Nenner zu bringen, tatsächlich vor allem durch eines ausgezeichnet: durch **Zweischneidigkeit**. Auf der einen Seite die (kalkulierte) BürgerInnennähe, die Verhandlungsbereitschaft, die Seriosität, der Realitätsbezug - auf der anderen Seite das Anti-Bürgerliche, die Kompromißlosigkeit, das „freie"

Ausleben eigener Verhaltensweisen, die revolutionäre Utopie. Und zwischendrin genau die Leute, die auf Grund ihrer exponierten Stellung innerhalb der Szenehierarchie „*auf beiden Hochzeiten tanzen*" mußten. Und genau diese Leute müssen sich dann nicht nur szeneintern mit Vorwürfen wie „Verrat an der Sache", „Reformismus", „Erpreßbarkeit" herumschlagen, nein: darüber hinaus sind es vor allem sie, die als „VermittlerInnen" (zwischen Stadt und Bewegung) mit den Spaltungsversuchen der bürgerlichen Hetze konfrontiert werden und deren Wirkungen „auszubaden" haben. Im „*Break Down The Walls*"-Artikel tauchten bereits viele Begriffe auf, die diese Schizophrenie verdeutlichen: „bedrohte BürgerInnen", „Befriedungspolitik", „Friede", „Alternativen".

Die Rollen der RNZ und der Polizei

Komplettiert werden sie dann in den RNZ-Artikeln, die in den Tagen vor und nach der Demo lanciert wurden. Diese Artikel (vor allem „*Auf dem Prüfstand*" [Kommentar], „*Hotline für besorgte Bürger*", „*Die »Deeskalation« hat funktioniert*", „*Polizei setzt auf friedliche AZ-Demo*" und „*Über einen Kamm*" [Kommentar]) entsprangen einer bürgerlich-kapitalistischen Logik, die sich

KOMMENTAR

Über einen Kamm?

Sie wollen sich nicht auseinanderdividieren lassen, die Autonomen. Das haben sie in Stellungnahmen während der Demonstration klar betont. Wenn dies so ist, dann muß man sie jedoch auch über einen Kamm scheren. Und dann müssen sie auch Verantwortung tragen für die Dinge, die am Rande der glücklicherweise friedlich verlaufenen Demonstration am Samstag passiert sind. (...) Wenn sie gleichzeitig jedoch immer wieder betonen, daß auch diejenigen Minderheiten fester Bestandteil ihrer Szene sind, die auch vor Straftaten keinen Halt machen, dann verlieren sie damit letztlich ihre Glaubwürdigkeit. Dem Fortbestand eines Autonomen Zentrum in dem Sinne, wie es bisher existierte, kann dies nicht zuträglich sein.

Peter Wiest

RNZ vom 08.02.99

durch Anwendung gewisser Spaltungsinstrumentarien so gut wie möglich an die Öffentlichkeit **verkaufen** will: Obwohl *von Seiten des AZs* alles unternommen wurde, um eine Eskalation der bundesweiten AZ-Demo am 06.02.1999 zu verhindern, konstruierte die ortsansässige Polizei unter staatsanwaltschaftlicher Anleitung eine bundesweite Ansammlung „gewaltbereiter Elemente", vor der die „besorgten BürgerInnen Heidelbergs" zu schützen seien. Parat hatte sie deshalb eine »Info-Hotline« „für besorgte und informationssuchende Bürger" (RNZ, 05.02.1999) und eine zentrale, volksgemeinschaftliche Botschaft: „*Jeder kann mithelfen, daß die Demonstration friedlich verläuft*" (RNZ, 6./7.02.1999). „Es sei gut denkbar, daß »einige nur kommen, um Randale zu machen«" (ebd.), und *die* seien selbstverständlich *nicht* aus Heidelberg: „Ein Unsicherheitsfaktor sei »das autonome Potential von außerhalb«." (ebd.)

Bereits in diesen kurzen Wiedergaben der polizeilichen Taktik kommen vier Spaltungen zum Tragen:

- AZ-Mob ↔ „besorgte BürgerInnen"

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

- gewaltverherrlichendes AZ-SympathisantInnen-Umfeld ↔ friedliebende, via gemeinsamem Interesse zusammengeschweißte „Volksgemeinschaft"
- böses, randalierendes Nicht-Heidelberg ↔ gutes, eigentumschützendes Heidelberg
- böser, militanter, gemeingefährlicher Demo-Teil (von außerhalb) ↔ guter, friedlicher, netter Demo-Teil (von „innerhalb").

Und die RNZ-eigenen Artikel haben dann ihr Übriges zu diesem bürgerlich-polizeistaatlichen „Gut-und-Böse-Schema" beigetragen. Da war - offensichtlich im geistigen Dunstkreis der Polizei-Taktik - davon die Rede, daß sich für „die Demonstration durch die Innenstadt ... offenbar autonome Gruppen aus der gesamten Bundesrepublik sehr stark" (RNZ, 05.02.1999) interessieren: „Und diese Gruppen haben leider mit den überwiegend friedfertigen Heidelbergern nicht allzu viel gemein. ... Erfahrungsgemäß geht es diesen ... schlichtweg um Randale, und zwar ausschließlich um der Randale willen. ... [F]alls morgen [*auf der Demo, Anm. d. Red.*] der erste Stein fliegt, dann wird er genau dort hintreffen, wo ihn die meisten Demonstranten nicht haben wollen, und wo es am meisten wehtut: mitten ins Mark des Autonomen Zentrums selbst." (ebd.)

Zynische Hetze

Aber blanker Zynismus wird die Berichterstattung erst dann, wenn der gleiche Autor in seinem Demo-Kommentar nicht davor zurückschreckt, zuerst so zu tun, als habe er endlich kapiert, daß sich „die Autonomen nicht auseinanderdividieren lassen wollen", dann aber folgenden Abfall von sich zu geben: „Wenn sie [*die AZ-VertreterInnen, Anm. d. Red.*] gleichzeitig ... immer wieder betonen, daß auch diejenigen Minderheiten *[!?!, Anm. d. Red.*] fester Bestandteil ihrer Szene sind, die auch vor Straftaten keinen Halt machen [*wie z. B. die 700 BahnausbessserungswerksbesetzerInnen, Anm. d. Red.*], dann verlieren sie damit letztlich ihre Glaubwürdigkeit." (ebd.) Und „glaubwürdig" sind sie - wenn dieser abstrusen Denkweise verhaftet geblieben wird - ja nur, wenn sie sich zu „alternativen" Jugendlichen reduzieren lassen, die sich eben in ihrem Zentrum trafen: „die tanzen wollten ohne Kommerz, und die einfach einen Platz gesucht und gefunden hatten, wo sie ungestört ein bißchen anders sein durften..., [wo sie] ihre Freizeit auf ihre eigene Art verbringen [konnten]... Daß dabei auch Nischen geschaffen wurden für Randgruppen wie Schwule oder Lesben - wem hat es letztlich wehgetan? Warum also nicht einfach weg mit dem furchterregenden Namen »Autonomes Zentrum«? Warum künftig nicht einfach »Alternatives Zentrum für junge Leute«?" (Peter Wiest in der RNZ vom 02.02.1999)

Hier wird die ganze Tragweite der Problematik transparent, in die hineingeschlittert werden kann, wenn sich auf jene Kreise eingelassen wird (werden muß), die aus ihren herrschaftsbewahrenden Diskursen heraus mit dem, was sie tun, nur ein einziges Ziel verfolgen: die Bewahrung der herrschenden Verhältnisse zu sichern. Deshalb kann angesichts des Ausgeführten die Antwort

auf die eingangs gestellte Frage eigentlich nur lauten: **Ein revolutionär gesinnter Zusammenhang kann sich auf die Mechanismen herrschaftsstützender Politik** gar nicht **einlassen, weil er sich bereits beim Betreten dieses Feldes in die Unglaubwürdigkeit begibt.**

Aber - und auch das kann mit unumstößlicher Sicherheit postuliert werden: Ohne ein stückweises Einlassen auf bürgerlich-kapitalistische Politikformen hätte es das AZ HD niemals gegeben.

Und damit schließt sich der Kreis...

Der Kampf für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg geht jedenfalls - mit welchen Mitteln auch immer - weiter! Wir werden ihn tatkräftig unterstützen. Und damit ihr euch ein Bild davon machen könnt, wie jene Gruppen, die sich an diesem Ort getroffen haben, das AZ gesehen haben/sehen (oder in welchen gesellschaftspolitischen Kontext sie es einordnen), folgt diesem Text nun eine Sammlung lose aneinandergereihter Zitate aus dem Großteil der auf der AZ-Demo '99 gehaltenen Redebeiträge. Wir haben uns erlaubt, sie aus Platzgründen zu kürzen:

Autonomes Redaktionskollektiv

Dokumentation

Redebeitrag der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA)

Am 1. Februar 1999 ist das Autonome Zentrum geräumt und so wie die umliegenden Häuser in der Alten Bergheimer Straße abgerissen worden. An deren Stelle sollen teurer Wohnraum, Einkaufspassagen und Parkplätze entstehen. Dies ist Teil einer seit längerem andauernden Umstrukturierung der Heidelberger Innenstadt: Für Zentren, deren Wände mit Graffiti-Kunst besprüht werden und in welchen unkommerzielle Veranstaltungen stattfinden, deren Erlös linksradikalen Gruppen zugute kommt, ist in der Touristenstadt kein Platz. Genausowenig wie für die Heidelberger Wagenburg, die schon vor 1 ½ Jahren geräumt wurde.

Denn nach dem Willen der Stadtverwaltung, des Einzelhandelsverbandes und Teilen der Bevölkerung, die versuchen, ihren frustrierenden Alltag durch sinnloses Shopping zu kompensieren, soll die Innenstadt in erster Linie ein Ort sein, an dem es sich möglichst ungestört konsumieren läßt. Und dabei stören nicht nur Projekte, in denen versucht wird, ein Leben jenseits des Konsumzwangs zu führen und aufzuzeigen, sondern es stören vor allem auch Menschen, die nicht am Konsumwahn teilnehmen können: Obdachlose, Junkies und andere sozial Schwache sind immer stärker polizeilicher Repression ausgesetzt. Sie müssen ständig mit Personenkontrollen und Platzverweisen rechnen. Um eine Handhabe gegen diese Menschen zu bekommen, die durch ihre bloße Existenz an die Grausamkeiten der Marktwirtschaft erinnern und damit die Freude am Konsumieren vermiesen, wurde in der neuen Heidelberger Polizeiverordnung unter anderem das Betteln, Lagern sowie das Liegen auf einer Bank in der Öffentlichkeit verboten. So werden die Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu TäterInnen gemacht.

In Heidelbergs Innenstadt soll aufgeräumt werden, und selbstverständlich nicht nur mit Obdachlosen oder Junkies: Störend auf die kaufkräftigen KundInnen und auf die an einem idyllischen Heidelberg interessierten TouristInnen könnten sich auch Graffities, illegal ver—

klebte Plakate und überhaupt alles, was irgendwie nach „Verwahrlosung" aussieht, auswirken. Den AnhängerInnen des aus New York importierten Konzeptes der „zero tolerance" zufolge bewirkt ein solches angeblich verwahrlostes Umfeld ein Ansteigen der Kriminalität. Um dem vorzubeugen, hat die Oberbürgermeisterin eigens eine Putzkolonne ins Leben gerufen, die unter dem Slogan „Gegen Schmutz und Schmierereien" diese „Schandflecken" beseitigt. So wird von den sozialen Ursachen der Kriminalität abgelenkt.

Heidelberg bildet mit seiner konsumfixierten Strategie der Sauberkeit und Sicherheit keinen Einzelfall. Diese wird auch in vielen anderen Städten - zum Teil sogar sehr viel krasser - durchgesetzt.

Wir werden uns jedoch die Innenstädte als Lebensraum nicht noch weiter nehmen lassen. Und leben heißt immer noch mehr als arbeiten und konsumieren, auch wenn das hier vielen nicht klar zu sein scheint!

Leistet Widerstand gegen die endgültige Durchkapitalisierung der öffentlichen Räume, auch und gerade durch selbstverwaltete und unkommerzielle Zentren wie dem AZ Heidelberg.

Redebeitrag von Störegöre

Störegöre ist eine FrauenLesbengruppe, die aus den Zusammenhängen des Autonomen Zentrums in Heidelberg entstand. Schließlich bot das AZ die für uns erforderlichen Rahmenbedingungen. Dort war es uns möglich, die nötigen Freiräume und Strukturen zu schaffen, die den Vorstellungen und politischen Ansätzen von uns FrauenLesben entsprechen. Auf dieser Grundlage hatten wir die Möglichkeit, selbstverwaltet und selbstbestimmt zu agieren.

Jetzt ist das AZ geräumt und zerstört. Die Stadt und die neue Eigentümerin, die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH), haben am Montagmorgen mittels einer brutalen Machtdemonstration vorerst ihren Willen bekommen. Aber unseren nicht gebrochen.

Dokumentation

Wenn wir von „Freiräumen" sprechen, werden sich manche fragen, wieso wir FrauenLesben nach so vielen Jahren der sogenannten Emanzipation von Frauen überhaupt „Freiräume" brauchen und wollen. Gestehen denn nicht sämtliche kulturellen Institutionen mittlerweile Frauen und auch Mädchen ihre eigene Gruppe oder gar ihren eigenen Tag zu? Auch bietet beinahe jedes gemischtgeschlechtliche Jugendhaus beispielsweise Projekte, Räume oder Tage an, mit denen die Selbstbehauptung von Mädchen und jungen Frauen gefördert werden soll. In dieser modernen Leistungsgesellschaft dient die angebliche Aufgeschlossenheit gegenüber Frauen der Imagepflege.

Es wird hierbei jedoch nur eine Selbstbestimmung vorgegaukelt, die so nicht wirklich existiert. Denn dieser Selbstbestimmung wird auf jeden Fall ein Rahmen vorgegeben, der es unmöglich macht, die bestehenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen in Frage zu stellen oder gar anzugreifen. Solche Projekte sollen Mädchen und Frauen nicht stark machen, sondern zurechtbiegen für die patriarchale Konkurrenzgesellschaft.

Forderungen wie „Frauen in Führungspositionen" etc. haben mit unseren wenig gemeinsam, da diese eine Ruhigstellung der Frauen und eine Stützung der herrschenden Verhältnisse bedeuten. Für einzelne FrauenLesben mag eine Karriere zwar zunächst eine subjektive Verbesserung ihrer Lebenssituation bedeuten, jedoch wird die Gesamtsituation der FrauenLesben dadurch nicht besser. Im Gegenteil. Die Integration von FrauenLesben in die konkurrenzorientierte

Leistungsgesellschaft verhindert ihre, also auch unsere Solidarisierung!

Durch die gestattete berufliche Karriere und die angebliche Chancengleichheit wird von FrauenLesben sogar noch eine zusätzliche Rolle abverlangt. Die „Frau von heute" soll jung, gesund, dynamisch, attraktiv, häuslich, hilfsbereit, emotional, heterosexuell, beruflich erfolgreich und sexuell verfügbar sein.

Am Umgang mit FrauenLesben und FrauenLesbengruppen, die nicht diesem normierten Bild der „Frau von heute" entsprechen, zeigt sich aber, daß es sich nicht um tatsächliche Akzeptanz handelt. Alle FrauenLesben, die von dieser Norm in irgendeiner Form abweichen, wie z. B. Lesben, Andersfähige oder Frauen, die sich willentlich ihrer Verfügbarmachung entziehen, erfahren eine Doppeldiskriminierung. Sie werden systematisch totgeschwiegen, bekommen ihre selbstbestimmten Identitäten abgesprochen und werden dort, wo sie sichtbar werden, aufs Bitterste bekämpft.

Das gilt auch für uns autonome FrauenLesben in Heidelberg, trotz einer Bürgermeisterin - Beate Weber -, die sich mit einer frauen**freund**lichen Politik rühmt. Tatsächlich richtet sie ihre Frauenpolitik auf sowieso schon privilegierte, systemkonforme, bürgerliche Frauen aus, oder sie benutzt das angebliche Sicherheitsbedürfnis der Frauen für ihre reaktionäre Sicherheitspolitik. Anderen FrauenLesben und FrauenLesbenprojekten verweigert sie ihre Solidarität - trotz ihrer scheinheiligen Versprechungen. Deutlich wird dies an Kürzungen oder vorsätzlich geringer Unterstützung, die sich gegen den Frauennotruf, den Mädchentreff und das Frauenhaus o. ä. richten. Besonders deutlich zeigt sich für uns die aggressive Frauen**feindlich**keit Beate Webers in der Vernichtung der FrauenLesbenetage Mafalda im Autonomen Zentrum. Dieser Verlust ist nicht dadurch zu relativieren, daß wir uns in anderen in Heidelberg bestehenden FrauenLesbenprojekten, die wir auch für wichtig halten, unterbringen lassen. All dies sind Projekte von FrauenLesben, die sich jenseits der herrschenden patriarchalen Strukturen definieren, und die sich nicht mit den ihnen zugewiesenen Nischen zufrieden geben.

Um so wichtiger ist also die Möglichkeit für uns, sich in selbstbestimmten Strukturen und Räumen organisieren zu können, um in politischen und oder gegenkulturellen Zusammenhängen arbeiten zu können. (...)

Solidarisiert euch mit uns und beteiligt euch an unserem Kampf!

Kein Tag Ohne Autonomes Zentrum!

Dokumentation

Redebeitrag der Autonomen Antifa HD

Vor genau fünf Tagen wurden die Schlüssel des Autonomen Zentrums an die Vertreter der Stadt Heidelberg übergeben. Gleich im Anschluß an die Übergabe rollte die Abbruchtruppe an und begann damit, das AZ abzureißen. Die Oberbürgermeisterin Beate Weber hatte noch im letzten Jahr zugesagt, daß es „keine Räumung ohne gleichwertigen Ersatz" geben werde.

Das war nichts als eine dreiste Lüge und kaltberechnete Hinhaltetaktik.

Mit weiteren Lügen und leeren Versprechungen gab die Stadt Heidelberg vor, sich intensiv um ein Ersatzgebäude zu kümmern - das geschah jedoch nur so weit, wie es der Pflege Heidelbergs als „liberale" Stadt zuträglich war. Alle Gebäudevorschläge des AZ wurden aus fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Gleichzeitig werden Prestigeobjekte in Heidelberg, teilweise mit erheblichem finanziellen Aufwand, gefördert. Der

Stadtteil Bergheim, in dem das Autonome Zentrum stand, nimmt in den Köpfen des Einzelhandels, der VertreterInnen der Wirtschaft und der Stadtverwaltung langsam das häßliche Gesicht einer Konsummeile an - mit Geschäften, Praxen, Büros und überteuerten Wohnungen.

Beate Weber und Co. hören schon die Kassen klingeln.

Alles, was keinen Profit verspricht oder zahlungskräftige Konsumenten und Touristen anzieht, soll aus der Innenstadt verdrängt werden.

In einer Zeit, in der sich ein rechter Konsens in der Gesellschaft breit gemacht hat, erhält ein Autonomes Zentrum eine wichtige politische Dimension, auch wenn diese von den Medien - allen voran der Rhein-Neckar-Zeitung - in Kommentaren und Berichten konsequent geleugnet und versucht wird, die autonome Szene Heidelbergs in „gute Jugendliche" und „schlechte Extremisten" zu spalten.

Ein Autonomes Zentrum ist ein Ort, an dem nichtkommerzielle, linke Kultur und linke politische Inhalte einem breiten Publikum nahegebracht werden können. Besucherinnen und Besucher des AZ wurden unausweichlich mit linksradikalen Vorstellungen konfrontiert. Viele junge Leute kamen erst über Parties oder Feten im AZ zur politischen Arbeit. Ein AZ, so wie wir es verstehen, ist ein Ort, an dem solidarisches Handeln, neue gesellschaftliche Konzepte sowie politische Aktionsformen jenseits des gesellschaftlichen Mainstreams erprobt und gelebt werden.

Das Autonome Zentrum stellte einen wichtigen Gegenpol zu neofaschistischen Aktivitäten in der gesamten Rhein-Neckar-Region dar. Das zeigte sich zum Beispiel am 4. Juli 1998, als ein Naziaufmarsch in Heidelberg durch die Präsenz überwiegend autonomer Antifaschistinnen und Antifaschisten verhindert wurde. In Städten, in denen linke oder autonome Zentren existieren, haben es Neonazis schwer, ihre Propaganda offen zu betreiben, da sie mit aktiver Gegenwehr rechnen müssen - das hat sich auch in Heidelberg immer wieder gezeigt.

Genau aus diesen Gründen ist jetzt nicht Resignation angesagt. Wir werden nicht aufgeben, wie die Stadt Heidelberg das vielleicht hofft.

Der Kampf um ein neues Autonomes Zentrum wird weitergehen!

Für freie antifaschistische Kultur und Politik!
Selbstverwaltete Zentren und Häuser erkämpfen und verteidigen!
Ersatz für das Autonome Zentrum - und zwar sofort!

Autonome Antifa Heidelberg
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Dokumentation

Redebeitrag der *Unheilbar*

Vor zwei Jahren fragte man sich in Heidelberg: „Verdammt, was soll ich hier in dieser Stadt als Schwuler, Lesbe oder BisexuelleR?" Es gab einfach gar nichts! Aus dieser trostlosen Situation heraus entstand die Idee: „Wir schaffen uns selbst den Raum, der uns fehlt." Was wir wollten, war ein regelmäßiger, nicht-kommerzieller Treffpunkt, sowohl für homopolitisches und -kulturelles Arbeiten, als auch für Parties, Flirten und Leutekennenlernen.

Wenn es damals das AZ nicht gegeben hätte, hätte diese Idee niemals verwirklicht werden können. Denn hier fanden wir unseren Freiraum: Mit viel Spaß, Phantasie, Engagement und Liebe entstand in einem leeren Kellerraum des AZs die *Unheilbar*.

Hier konnten sich seit dem 13. Februar 1997 die unterschiedlichsten Leute treffen und kennenlernen, egal ob schwul, lesbisch, bi oder hetero, ob Technofreak, Gruft, Punk, Terrortunte oder stinknormal.

Pink-Parties und Chansonabende wurden organisiert, mit Solifeten wurden Projekte unterstützt wie z.B. das LesBiSchwule Schulprojekt, PositHIV-Wohnen und die Coming-Out-Gruppe, die sich ohne diese Unterstützung teilweise nicht über Wasser hätten halten können.

Ohne das AZ hätte es die *Unheilbar* nie gegeben, genauso wenig wie Heidelbergs einzige Frauen- und Lesbendisco und die Frauen-Lesben-Etage *Mafalda*. Und diese drei bildeten auch nur einen Bruchteil der Gruppen und Aktionen, die politisch, kulturell und kreativ im AZ stattfanden.

Das AZ war damit für die lesbischwule Gemeinde in Heidelberg zu DEM Ort geworden, an dem man ungezwungen und ohne Angst vor Diskriminierung und dummen Anmachen sich treffen, feiern und leben konnte.

Jetzt ist es Februar '99, und mit dem AZ ist auch die *Unheilbar* kurz vor ihrem 2. Geburtstag plattgemacht worden. Trotz all der Versprechen von öffentlicher Seite wurde nichts getan, um ein Ersatzgebäude zu beschaffen; die RNZ beschreibt Lesben und Schwule wieder mal als Randgruppen, die doch niemand weh tun würden und wir nähern uns rasend schnell wieder dem Zustand von vor 2 Jahren.

Das kann und darf nicht das Ende sein!
Also: Für ein neues AZ!
Für eine neue *Unheilbar*!

Flugblatt eines bueros

Für uns war und ist das Autonome Zentrum vor allem ein Hort der modernen und experimentellen Künste. Besonders Avantgarde-Musiker aus ganz Europa und aus Übersee haben das Autonome Zentrum kennen und schätzen gelernt. Die jüngsten und unkonventionellsten musikalischen Strömungen fanden hier, wie an kaum einem anderen Ort Deutschlands, freundliche Aufnahme und Veranstalter mit dem Mut zum Experiment. Aber auch die bildende Kunst, Literatur, Tanz, Theater und die angewandte Kunst stießen hier stets auf offene Sinne. Zu einem Zeitpunkt, in dem der Faktor „Kultur" eine nie gekannte Rolle im Wirtschaftsleben und als Standortfaktor einer Kommune einnimmt, wird die Liquidation dieses Zentrums aus kommunalpolitischer Sicht zu einem unverzeihlichen Fehler, der sich auf die gesamte Rhein-Neckar-Region negativ auswirken wird.

Dieses gastfreundliche Haus mit seiner unverwechselbaren Atmosphäre muß weiterbestehen!

Dokumentation

Eine gleichwertige Immobilie muß den Betreibern des Zentrums zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Meinung, daß die Verwaltung der Stadt Heidelberg in dieser Angelegenheit nicht alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Sprechen Sie bitte mit Ihrer Familie, mit Nachbarn und Kollegen nochmals über dieses Problem. Berichten Sie ruhig auch ihren Freunden und Geschäftspartnern in Fern-Ost und den USA über diese Vorfälle.

Bei einer, von unserer Initiative in der Reihe „Kultur am Kamin" organisierten Gesprächsrunde, welche sich mit der Schließung des Autonomen Zentrums befasste, vertrat eine Teilnehmerin die Auffassung, die Schließung des Autonomen Zentrums könne auch als Chance begriffen werden: Die vielen Künstler würden ihre Arbeiten wieder mehr im öffentlichen Raum präsentieren und damit das Bild dieser Stadt bereichern und prägen. Konzerte, wie sie im Autonomen Zentrum stattfinden, könnten auch in der Fußgängerzone stattfinden, ein Theaterfestival kann auch in einer der Kirchen der Stadt stattfinden, und die Graffiti-Künstler des Zentrums könnten dem Rathaus zu einem neuen Erscheinungsbild verhelfen.«

Buero für angewandten Realismus
Kaiser-Wilhelm-Straße 62
67059 Ludwigshafen
email: realismus@t-online.de

Schluß mit der antikurdischen Stimmungsmache!

Es kann ja wirklich an niemandem vorbeigezogen sein. Es war zu *präsent,* zu *allgegenwärtig,* zu *massiv: Der über die (nahezu gleichgeschaltete) Medienapparatur bewerkstelligte Aufbau einer Pogromstimmung gegen die hier in der BRD lebenden KurdInnen verwandelte mehrere Hunderttausend Menschen in eine „Mörderbande", eine „Terrorgruppe", eine „politische Mafia", die „*die deutschen Straßen zu einem hochgefährlichen Pflaster werden lassen ... *[und]* in einem ansonsten unbescholtenen Land aus reiner Freude an der Kriminalität einen Krieg anzetteln*" (aus einem Flugblatt der Kurdistan-Solidarität Göttingen). Was hier bundesweit pressetechnisch an Neorassismen transportiert wurde, um aus einer Bevölkerungsgruppe mit eigener Sprache, eigener Tradition und eigener Kultur „einen Haufen von »Erpressern«, »Attentätern« und »Kidnappern«" (ebd.) zu konstruieren, soll in seiner überzogenen Extremität das Dogma des bundesrepublikanischen „Ausländerrechts" zementieren: „Deutschland ist* kein *Einwanderungsland!". Deshalb sind - auch wenn es mit der PKK oder der Rolle Öcalans die unterschiedlichsten, teilweise auch berechtigten Probleme politischer Provenienz (Ursprung) geben mag - alle in der BRD aktiven „Linken" (im weitesten Sinne) aufgefordert, sich in bezug auf die sogenannte „Kurden-Frage" zu positionieren - und zwar so, daß dabei eindeutig zum Vorschein kommt, von* wem *hier die Aggression ausgeht. Wir haben deshalb ein paar Daten gesammelt, die noch einmal verdeutlichen sollen, welche Hintergründe die massive Unterstützung des türkischen Kampfes gegen alles Kurdische hat, wer dabei wem unter die Arme greift, und was zur Zeit in der Türkei selber „abgeht":*

-Sabotage

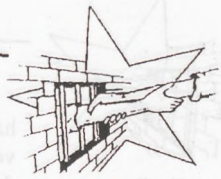
- Die aus mehr als 30 Millionen Menschen bestehende kurdische Bevölkerung ist die weltweit größte Gruppe *ohne* völkerrechtlichen Anspruch auf ein eigenes Territorium, obwohl dieses bereits 1923 durch den Vertrag von Lausanne auf fünf Staaten aufgeteilt wurde. (*Trotzdem fordert beispielsweise die PKK „nur" noch Autonomie innerhalb der türkischen Staatsgrenzen.*)
- „Die USA ist die Kraft, die im Hintergrund ganz maßgeblich verhindert hat, daß die europäischen Regierungen und PolitikerInnen, die sich *dafür* ausgesprochen hatten, eine politische Lösung in die Tat umzusetzen, ihre Ankündigungen wahrmachten. Hintergrund ist der Versuch der USA, im Nahen Osten aus ökonomischen und militärstrategischen Gründen nicht nur Fuß zu fassen, sondern die Karten neu zu mischen, die Einflußgebiete zu erweitern. Und dabei stoßen sie auch auf Widerstand der Völker vor Ort, aber auch auf Konflikte mit anderen imperialistischen Kräften, die sich das nicht ohne weiteres gefallen lassen. Seit einigen Jahren besteht eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei, Israel und reaktionären arabischen Regimes. Diese Aktivitäten sind insbesondere nicht nur gegen die PalästinenserInnen und die arabischen Völker, sondern auch gegen die kurdische Befreiungsbewegung gerichtet. Es wird berichtet, daß der türkische Geheimdienst mit der CIA und dem israelischen Mossad zusammengearbeitet hat. In der Vergangenheit sind zahlreiche Fälle dokumentiert und bewiesen worden, in denen diese Geheimdienste gemeinsam unter offenem Bruch des Völkerrechts gerade gegen AktivistInnen revolutionärer Befreiungsbewegungen vorgegangen sind. Der Mossad ist spezialisiert auf solche Aktionen, schon seit Jahrzehnten. Der Geheimdienst hat traditionell gute Beziehungen unter anderem in Afrika, auch in Kenia. Es liegt nahe, daß der türkische Geheimdienst, der über solche guten Kontakte dort nicht verfügt, sich der Hilfe der CIA

und des Mossad bedient hat." (Hans Eberhard Schultz) [*Das ist ja auch der Grund, weshalb etwa 80 KurdInnen am 17.02.1999 das israelische Generalkonsulat in Berlin-Wilmersdorf zu besetzen versucht hatten und dabei vom dortigen Wachpersonal mit Schüssen aus Schnellfeuerwaffen „empfangen" wurden. Dabei wurden vier Kurden (!) getötet, weitere 16 Menschen teilweise schwer verletzt. Den Mördern passierte nichts. Daß diese PKK-Aktion nicht unbedingt „glücklich" war, bedarf keiner Diskussion; sie führte nämlich eher dazu, die Meinung zu bestätigen, wonach diese „Arbeiterpartei" als antisemitisch einzustufen sei. Die Wahl eines amerikanischen „Zielobjektes" wäre sicherlich „vorteilhafter" gewesen. Trotzdem ist das Ermorden von vier Menschen dadurch noch lange nicht gerechtfertigt. Er beweist nur, daß es dem israelischen System um mehr zu gehen scheint als um den Schutz ihres Generalkonsulats..., Anm. d. Red.*]

- „Die Situation verschärft sich von Tag zu Tag. Allein in Diyabarkir sind in den Tagen nach der Verhaftung Öcalans mehr als 1000 Personen während der Protestaktionen festgenommen worden. Mehr als 300 Personen mußten in der Nacht zum 16. Februar im Krankenhaus untersucht werden, weil sie von der Polizei mißhandelt wurden. Wir wissen von sechs Anwälten, die an diesem Tag von Sicherheitskräften verschleppt wurden. Über ihren Verbleib ist bis heute nichts bekannt. In Batman haben die Sicherheitskräfte bei Aktionen scharf geschossen. Es ist bekannt, daß dabei mindestens vier Personen getötet wurden. In Mardin wurde ein Teilnehmer bei einer Demonstration von der Polizei erschossen. In allen Gefängnissen sind die politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. In manchen Gefängnissen hat ein Todesfasten begonnen. Auch in den türkischen Städten werden Menschen verhaftet, verprügelt, gefoltert, und man läßt sie verschwinden. Die Polizei geht mit Panzern und Feuerwaffen, mit brutalster Härte gegen den Widerstand vor. Und jeden Tag wird es schlimmer. Bereits nach der Einreise Abdullah Öcalans in Italien wurden in wenigen Tagen mehr als 3 500 Menschen im Zusammenhang mit HADEP-Aktionen festgenommen. Davon sitzen immer noch 500 in den Gefängnissen, davon fast 300 Führungskader der HADEP. (*HADEP ist die einzige prokurdische Partei in der Türkei, die noch nicht verboten worden ist, Anm. d. Red.*) Vom Vorsitzenden über Mitglieder des Parteivorstandes bis hin zu Kreisvorstandsmitgliedern. Und nun sind noch mehr inhaftiert." (ein HADEP-Vorstandsmitglied im jW-Interview vom 25.02.1999)

Diese „Liste" ließe sich unendlich erweitern, aber wir denken, daß sie reicht, um deutlich zu machen, daß die BRD - als eine der weltweit wichtigsten Türkei-WaffenlieferantInnen - ein großes Interesse daran hat, für die Türkei (die NATO-Partnerin) weiterhin Kriegspartei *gegen* die kurdische Bevölkerung zu bleiben. Wenn ihr noch mehr darüber wissen und die derzeitige „Anti-Kurden-Hysterie" in die richtigen politischen Kontexte setzen wollt, dann sei euch wärmstens ans Herz gelegt, folgende Veröffentlichung zu lesen: Hans Eberhard Schultz (Hrsg.): **Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung**. *Beiträge für eine Menschenrechts-Chronik*, Köln: Verlag der Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung (GNN), Reihe *Politische Berichte*, September 1998, 124 Seiten, Preis: 12,00 DM [ISBN 3-926922-33-8]

Autonomes Redaktionskollektiv



18. März 1999

Bundesweiter Aktionstag

Gegen das Europa der Repression und Ausgrenzung
Solidarität und Widerstand!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Rund um den 18. März 1999 wird es wieder - wie in den vergangenen Jahren - vielfältige Aktionen der Solidarität mit den politischen Gefangenen geben. Mit Informationsveranstaltungen, Straßentheateraufführungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Knastkundgebungen, Transparentaktionen und vielem mehr werden wir unseren Protest und Widerstand zum Ausdruck bringen: Gegen das Europa der Repression, der Ausgrenzung und der Vertreibung.

Der 18. März als Tag der Solidarität und des Widerstands hat für uns Tradition und Kontinuität. Anknüpfend an den von der Roten Hilfe in den 20er Jahren propagierten „*Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen*" haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr Gruppen mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten beteiligt. Mit den diesjährigen Aktionen zum 18. März beziehen wir uns auch auf die an Ostern 1999 stattfindende internationale Arbeitskonferenz „*Befriedung oder Befreiung*" in Berlin sowie auf die Mobilisierungen gegen Weltwirtschafts- und Europagipfel im Juni 1999 in Köln. Angesprochen sind alle, die nach wie vor an der notwendigen Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse festhalten, und die nicht bereit sind, sich diesem repressiven System aus Konsum, Rentabilität und Ausbeutung zu unterwerfen:

Beteiligt Euch mit eigenen Initiativen am 18. März!

Nehmt teil an den jeweiligen Aktionen in Eurer Stadt!

Für die KapitalistInnen belebt die Konkurrenz bekanntlich das Geschäft, und auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein, ist mehr denn je gesellschaftlich normal. Solidarität steht dem entgegen. Wenn sie nicht nur ein leeres Wort sein soll, bedeutet Solidarität, sich wechselseitig zueinander ins Verhältnis zu setzen. Bedeutet, daß jeder Kampf nur vorankommt in der bewußten Verbindung zu anderen Kämpfen. In Zeiten wie diesen, wo es mehr Fragen als Antworten gibt, und Individualisierung und Anpassung innerhalb der Linken genauso bestimmend sind wie in der Gesellschaft, ist es notwendig, diesen Grundgedanken wieder breiter im Bewußtsein zu verankern. Der Bundesweite Aktionstag kann darin für die unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhänge der Linken ein gemeinsamer Bezugspunkt sein.

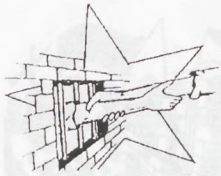
Solidarität ist unteilbar, und sie ist international!

Sie gehört allen, die in ihrem Kampf für gerechte Verhältnisse von Repression betroffen sind. Grundsätzlich, und überall auf der Welt gilt: Keine Gruppe, keine Widerstandsbewegung kann sich alleine gegenüber staatlicher Unterdrückung behaupten, noch die eigenen Ziele durchsetzen.

Deshalb rufen wir dazu auf:

Solidarität mit allen, die den aufrechten Gang wagen und selbstorganisiert den faschistischen Organisationen und Schlägertrupps entgegentreten. Quer durch die Republik sind antifaschistische Aktivitäten im Visier von Polizei und Justiz. Neben einer Vielzahl von „kleinen Verfahren" sind aktuell 28 AntifaschistInnen aus Passau mit einem Verfahren nach § 129 (*Bildung einer kriminellen Vereinigung*) konfrontiert.

Solidarität mit Mumia Abu-Jamal, der seit nunmehr 17 Jahren in der Todeszelle festgehalten wird.



Am 29. Oktober 1998 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania die Wiederaufnahme seines Verfahrens abgelehnt. Das macht es noch mal dringlicher: Kämpft für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. Reiht Euch ein in die internationale Kampagne, damit der Druck gegen die Verantwortlichen in den USA stärker wird.

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf. Das sogenannte PKK-Verbot ist ein wesentliches Instrument, mit dem der deutsche Staat politisch aktive KurdInnen angreift. Ziel unserer Anstrengungen muß das Zurückdrängen der Repression und die Freiheit aller kurdischen politischen Gefangenen sein, die in deutschen Knästen festgehalten werden, weil sie im Zusammenhang des Befreiungskampfs ihren Protest und Widerstand auch hier ausgedrückt haben. (...)

Solidarität mit den Flüchtlingen innerhalb und außerhalb der Festung Europa. Mit moderner Technologie, polizeilichen Spezialeinheiten und NATO-Truppen werden heute die europäischen Außengrenzen gegen sogenannte illegale Einwanderer abgeschirmt. Und diejenigen Menschen, die es auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und zerstörten Lebensbedingungen dennoch geschafft haben, hierher zu kommen, sind in allen EU-Staaten mit rassistischen Sondergesetzen, Sammellagern und Abschiebehaftanstalten konfrontiert. In Hungerstreiks und Rebellionen machen sie immer wieder auf ihre Situation aufmerksam.

Solidarität mit allen politischen Gefangenen, die unter Sonderhaftbedingungen in den europäischen Gefängnissen festgehalten werden. Wir denken zum Beispiel an die baskischen politischen Gefangenen, die seit Jahren gegen eine Politik der Isolation und Zerstreuung kämpfen und für ihre Zusammenlegung im Baskenland. Die Perspektive kann nur sein, ihre Freiheit, wie die aller gefangener GenossInnen in Europa zu erkämpfen. Vergessen wir nicht die noch verbliebenen Gefangenen aus der RAF. Alle linken Kräfte stehen in der Verantwortung, nichts darf vergessen werden, nicht die jahrzehntelangen Kämpfe um Kollektivität, nicht die Toten aus diesen Kämpfen und nicht die Tortur unter unmenschlichen Haftbedingungen. Die Gefangenen aus der RAF müssen freigelassen werden.

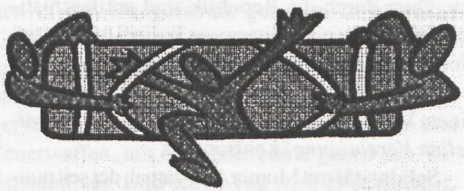
Der 18. März

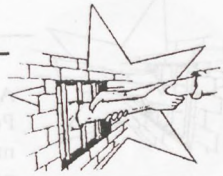
Der 18. März hatte in der Geschichte der Klassenkämpfe schon mehrfach große Bedeutung. 1848 trat das entstehende Proletariat gegen Junker und Bourgeoisie an. 1871 begann die Pariser Commune, und bis in die 20er Jahre galt der 18. März innerhalb der ArbeiterInnenbewegung als „Tag der Pariser Commune". Deshalb wurde er 1923 von der Roten Hilfe als „*Internationaler Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen*" erweitert. Diese geschichtlichen Bezüge greifen wir auf und setzen sie fort.

Diejenigen sind im Recht, die kämpfen - gegen das Europa der Repression und Ausgrenzung, für ein Europa der internationalen Solidarität!

Bundesweites Koordinierungstreffen zum Aktionstag 18. März 1999

Kontakt:
Rote Hilfe e. V.
Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen
Telefon (05 51) 770 80 08
Fax (05 51) 770 80 09
eMail: bundesvorstand@rote-hilfe.de
http://www.rote-hilfe.de



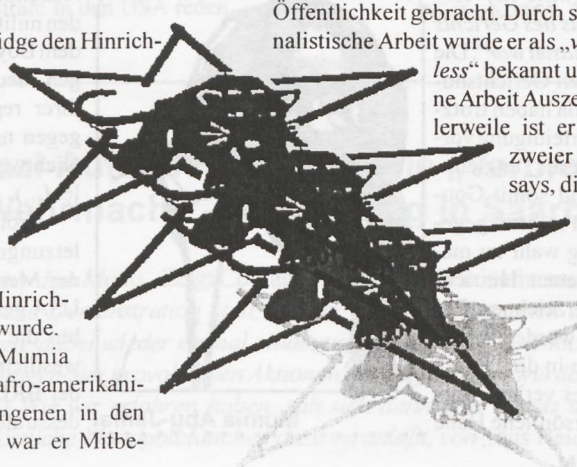


Verhindern wir den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal - Jetzt!

Am 20.02.1999 fand in Hamburg eine bundesweite Demonstration gegen die drohende Hinrichtung des afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal statt, an der etwa 4000 Menschen teilnahmen. Auf mehr als zehn Kilometern Demoroute (!) wurde immer wieder kraftvoll und laut unter Beweis gestellt, daß es auf der ganzen Welt Menschen gibt, die gegen das rassistisch motivierte Todesurteil Widerstand leisten, das im Falle Mumias zur tödlichen Vollstreckung gebracht werden soll. Die entschlossene Demo, an deren Ende sich mehr als 1000 kurdische DemonstrantInnen eingereiht hatten, um mit unzählbar vielen Plakaten, Transparenten, Flugblättern und Megaleintüchern auf die Festnahme des PKK-Führers Öcalan aufmerksam zu machen, endete symbolträchtig am Hamburger US-Konsulat am Alsterufer. Dort wurde dann - vor den Augen eines martialischen Polizeiaufgebots - eine US-Flagge verbrannt. Im folgenden dokumentieren wir (leicht gekürzt) das zur Demo verteilte Flugblatt des Rote Hilfe - Bundesvorstandes. -Sabotage

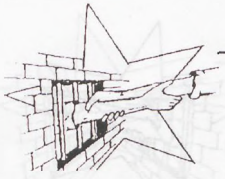
Der amtierende Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, hat seit langem angekündigt, den Hinrichtungsbefehl gegen den afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal baldmöglichst zu unterzeichnen. Die Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens durch den Obersten Gerichtshof von Pennsylvania am 29. Oktober 1998 hat dieser Unterzeichnung den Weg frei gemacht und stellt einen entscheidenden Punkt im juristischen Kampf von Mumia Abu-Jamal dar. Sie signalisiert die politische Entscheidung, Mumia Abu-Jamal hinrichten zu wollen.

Bereits 1995 hatte Ridge den Hinrichtungsbefehl unterschrieben und einen Termin zur Exekution festgesetzt. Damals konnte eine internationale Solidaritätskampagne von Menschen aus ganz unterschiedlichen Spektren bewirken, daß der Hinrichtungstermin ausgesetzt wurde.



Zur Erinnerung: Mumia Abu-Jamal ist einer der afro-amerikanischen politischen Gefangenen in den USA. Als Jugendlicher war er Mitbegründer der Black Panther Party (BPP) in Philadelphia und Informationsleutnant der BPP in Kalifornien. Dort lernte er als Mitherausgeber der Black-Panther-Zeitung, *„vom revolutionären Standpunkt aus zu schreiben"*. Die BPP war in den 60er/70er Jahren eine wichtige und radikale Organisation des Schwarzen Widerstandes, der „Black Power!"-Bewegung. Nach der Zerschlagung der Partei durch ein eigens dafür durchgeführtes Programm von FBI und CIA hat er jahrelang als bekannter Journalist in Philadelphia die rassistische Brutalität der Polizei ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Durch seine mutige journalistische Arbeit wurde er als *„voice of the voiceless"* bekannt und erhielt für seine Arbeit Auszeichnungen. Mittlerweile ist er auch als Autor zweier Bücher mit Essays, die während seiner Haftzeit in der Todeszelle unter schwierigen Umständen entstanden, bekannt geworden.

Am 9. Dezember 1981 geriet er in eine



Auseinandersetzung mit Polizisten, die ihn zusammenschlugen und durch einen Schuß lebensgefährlich verletzten. Bei diesem Zwischenfall wurde der Polizist Daniel Faulkner erschossen. Wegen Mordes an Faulkner wurde Mumia Abu-Jamal 1982 angeklagt und in einem nachweisbar manipulierten und rassistisch geführten Prozeß von Richter Sabo ... zum Tode verurteilt. Der gesamte Prozeß wurde von einer rassistischen Hetzkampagne der rechtsradikalen Polizeivereinigung FOP („*Fraternal Order of Police*") begleitet, der auch Richter Sabo angehört.

Die Fakten und Beweise, die sein Verteidigungsteam zusammengetragen hat und die in einem 300-seitigen Buch seines Anwaltes Len Weinglass nachzulesen sind, belegen, daß der Prozeß aus politischen Motiven gegen einen verhaßten Schwarzen Aktivisten geführt wurde. Sie halten jeder öffentlichen Überprüfung stand und müßten zur sofortigen Freilassung von Mumia Abu-Jamal führen. Der Generalsekretär von amnesty international, Pierre Sane, hat im November 1997 nach einem Besuch bei Mumia Abu-Jamal im Todestrakt in einer öffentlichen Stellungnahme erklärt, daß die Todesstrafe rassistisch angewendet wurde, „*ai ganz ernsthafte Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Strafverfahrens gegen Mr. Jamal*" hat sowie „*Mr. Jamals erstinstanzliches Verfahren durch einen tief verwurzelten Rassismus des Gerichts entscheidend vorbelastet war*". Die Richter des Obersten Gerichtshofes von Pennsylvania haben trotzdem alle von der Verteidigung vorgebrachten Beweise als „unglaubhaft" verworfen und somit Gouverneur Ridge den Freibrief gegeben, seine Drohung wahr zu machen und einen neuen Hinrichtungsbefehl zu unterzeichnen. Für Mumia Abu-Jamal würde dies bedeuten, daß er dann in die „Phase II" des Todestraktes verlegt würde, wo er weder persönliche Habe besitzen noch Besuche bekommen darf. Die Ablehnung des Wiederaufnahmeverfahrens machte erneut deutlich, daß ein faires Verfahren vor einem Gericht für ihn offensichtlich verhindert werden soll. Die Herrschenden der USA wollen Mumia Abu-Jamal ... für immer zum Schweigen bringen!

Wie Untersuchungen von amnesty international belegen, wird in immer mehr Ländern der Erde die Todesstrafe abgeschafft. Dagegen haben immer mehr Staaten der USA die Todesstrafe wieder eingeführt bzw. mit Durchführungen von Hinrichtungen wieder begonnen oder sie vermehrt vollzogen. Insgesamt zeichnet sich die Innenpolitik der USA dadurch aus, daß die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe ausgedehnt und beschleunigt wird. Unter anderem hat Präsident Clinton im April 1996 ein vom US-Kongreß verabschiedetes Gesetz („*Anti-Terrorism und Effective Death Penalty Act, EDPA*") unterzeichnet. Dieses Gesetz hat z. B. zum Ziel, die Durchführung der Todesstrafe zu beschleunigen, und schränkt die Möglichkeiten der US-Bundesgerichte ein, Todesurteile von Gerichten der einzelnen Bundesstaaten zu überprüfen und ggf. zurückzuweisen, was vor 1996 in 35% der Todesurteile der Fall war.

Die Scheinheiligkeit der Herrschenden in den USA, sich als Bewahrer der Menschenrechte aufzuspielen, wird zum einen in ihrer aggressiven Außenpolitik, die sich aktuell in den militärischen Angriffen und dem Boykott gegen den Irak zeigen, deutlich. Zum zweiten in ihrer repressiven Innenpolitik gegen nationale Minderheiten, Nichtweiße und Oppositionelle. (...)

Mumia Abu-Jamal

Trotz vieler eklatanter Verletzungen und Mißachtungen der Menschenrechte durch die USA genießen sie auch weiterhin die Unterstützung anderer westlicher Staaten, allen voran der BRD. Diese mußte die Todesstrafe nicht zuletzt aus den

Demo am 20.02.99 in Hamburg

dürfen wir die „indirekte" Todesstrafe in der BRD nicht vergessen.

1995 konnte der Druck einer internationalen Kampagne die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern. Die jetzige Situation ist keine Wiederholung von 1995, sondern eine Zuspitzung im Kampf um das Leben von Mumia Abu-Jamal, da nur noch wenige juristische Berufungsmöglichkeiten bestehen. Wie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Pennsylvania zeigt, ist es gefährlich, sich der Illusion einer juristischen Lösung hinzugeben.

Die Entscheidung fällt nicht in irgend einem Gerichtssaal, sondern wird durch den politischen Druck der internationalen Unterstützungskampagne bestimmt. Es ist daher dringend notwendig, daß die Kampagne **jetzt** verstärkt wird und sich Menschen aus allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal einsetzen. (...)

Stoppt die Hinrichtung! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der Todesstrafe!

Rote Hilfe e. V. -Bundesvorstand
Postfach 3255, 37022 Göttingen

Erfahrungen des deutschen Faschismus heraus aus ihren Gesetzen eliminieren. Tatsächlich sterben aber auch hier täglich Menschen aufgrund der herrschenden Politik. Menschen „nicht-deutscher"-Herkunft erleben täglich gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus. Sie werden in ihre angeblichen Heimatländer abgeschoben in Folter, wirtschaftliches Elend und Krieg, sie werden in ihren Häusern verbrannt, sie werden an der deutschen Grenze erschossen, ertrinken oder erfrieren in der Oder und sterben auf andere Art und Weise durch rassistische Übergriffe und Politik. Wenn wir also von der Todesstrafe in den USA reden,

Nazi-Aufmarsch gegen die „Verbrechen der Wehrmacht"-Ausstellung in Saarbrücken

*Am 20.02.1999 fand unter dem Motto „*Zeigt Courage – Gegen den Naziaufmarsch*" in Saarbrükken eine antifaschistische Demonstration statt, an der etwa 900 Personen teilnahmen. Die „deutsche" Polizei zeigte dabei wieder einmal eindeutig, wo sie steht – nämlich rechts - , und übertraf sich selbst mit ungeheuer provokativen Aktionen. (Unter anderem wurde ein Antifaschist bewußtlos geknüppelt!) Wie wir erfahren haben, sah sich dann aber - trotz des schikanösen Bullenauftretens - das örtliche Monopolblättchen dazu veranlaßt, von „*aus Heidelberg angerei-

sten Krawallmachern" *zu sprechen. Leider ist es in Saarbrücken auch zu Festnahmen gekommen. Damit ihr euch ein Bild von diesem Tag machen könnt, zitieren wir im folgenden das Wichtigste aus der Presseerklärung, die die* Antifa Saar *am 20.02.1999 verschickt hatte:* -Sabotage

» **Die heute in Saarbrücken stattgefundenen antifaschistischen Aktionen ... wurden durch einen massiven und unangemessenen Polizeieinsatz behindert.**

Besonders eklatant war das Verhalten der Polizei gegenüber der Kundgebung an der Johanneskirche. Hier wurde der Anmelder der *Bündnis gegen rechts*-Kundgebung von der Polizei massiv unter Druck gesetzt, die[se] ... aufzulösen. Schließlich löste die Stadt Saarbrücken die Kundgebung auf. Der Kundgebungs-Anmelder ... wurde von den Polizeikräften dazu genötigt, in einem Polizeikessel festgehaltene Personen zu selektieren. Diejenigen, die so den Kessel nicht verlassen konnten, wurden in Polizeigewahrsam genommen und dabei teilweise schwer mißhandelt. Die anschließende Bündnisdemonstration ... konnte erst nach Verhandlungen losgehen. Die Polizei hatte zuvor angedroht, daß die Demo verboten werden könnte. An der Demo nahmen 900 Personen teil. Von Seiten der Polizei wurden gezielt Provokateure eingesetzt, die sich in die Demo mischten und dort versuchten, Unruhe zu stiften. (...) Willkürlich wurde am Rande der Demo ein Ordner brutal angegriffen und verhaftet. Ihm wurde „Aufruf zu Gewalt" ... vorgeworfen. Ein weiterer Vorwurf lautet auf Rädelsführerschaft, was u. a. durch das Mitführen eines Handys belegt werden soll. Anlaß für die Gegendemonstrationen war ein Naziaufmarsch gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944". Zu diesem Aufmarsch waren nahezu 600 Neonazis ... angereist. Auf ihrem Marsch forderten sie u. a., allen SS-Soldaten einen Orden zu verleihen. Die Anreise zur Auftaktkundgebung an der Kongreßhalle wurde den Nazis u. a. durch von der Stadt Saarbrücken eigens eingesetzte Pendelbusse ermöglicht. Festzuhalten bleibt der ungeheure und nicht zu rechtfertigende Polizeieinsatz, der zudem wieder zeigt, daß in diesem Land Neonazis ungestört ihre menschenverachtende Propaganda auf die Straße tragen können. Antifaschistische Inhalte werden jedoch massiv behindert und kriminalisiert. «

martialisches Bullenaufgebot in Saarbrücken am 20.02.99

Antifa Saar
c/o Verein für kommunikatives Leben und Wohnen e. V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
scall: 01681-9469992

ANTIFA OFFENSIVE 99

Antifaschistische Widerstandswochen in Karlsruhe vom 6. bis 26.03.99

„Wir sind nichts, was wir wollen, ist alles!"

Die Widerstandswochen in Karlsruhe führen wir aus verschiedenen Gründen durch. Wir wollen provokante Fragen stellen (...), wollen mit euch diskutieren und neue Formen des Widerstands (...) präsentieren. Besucht unsere Veranstaltung und: Do the right thing - Get organized!

Widerstand ist der Auftakt zum Kampf ums Ganze

„Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte von Klassenkämpfen." So formulierte es einst Karl Marx im Kommunistischen Manifest.

Und so ist es auch: an jedem Ort, zu jeder Zeit und in jeder Gesellschaft formierte sich Widerstand, wenn die Unterdrückten sich ihrer Situation und ihrer Stärke bewußt wurden. So befreiten sich die Sklaven aus den Fängen der antiken Großgrundbesitzer, so befreiten sich die Bauern von ihren Lehnsherren, so befreite sich das Bürgertum vom Adel, und so wird sich auch die Klasse aller Lohnabhängigen von der Macht des Kapitals und seiner Büttel befreien.

Widerstand hemmt also nicht den Lauf der Geschichte, sondern ist deren Schrittmacher.

„Daß du untergehst, wenn du dich nicht wehrst, das wirst du noch einsehen."

Auch der antifaschistische Widerstand der 30er Jahre war Schrittmacher der Geschichte. Er war nur auf den ersten Blick ein Kampf ausschließlich gegen die Nationalsozialisten. Er war darüber hinaus immer ein Kampf um ein neues Gesellschaftssystem, er war ein sozialistischer Kampf - ausgehend von der Dimitroffschen Faschismustheorie, daß der Faschismus eine besonders aggressive Form des Kapitalismus sei. Diese Erkenntnis erklärt auch, warum die damalige antifaschistische Bewegung stark von revolutionären Kräften geprägt war. Auch heute ... greift der antifaschistische Widerstand weit mehr auf als nur den Kampf gegen Alt- und Neonazis. Der antifaschistische Widerstand ist - damals wie heute - als Teil des sozialistischen Kampfes der Kampf ums Ganze! Ähnlich facettenreich, wie sich der Kapitalismus mit seinen Machtapparaten (Militär, Polizei, Gerichte,...) und seinen Mitteln zur ideologischen Massenbeeinflussung (Kirche, Film, Schule, Presse,..) ausgeprägt hat, hat sich auch der Widerstand gegen ihn und seine Institutionen ausgeprägt.

Unser Widerstand ist antifaschistisch, demokratisch und revolutionär-antikapitalistisch!

Veranstaltet von SDAJ, Antifa-Kollektiv Maus, Infoladen Fisty, unterstützt vom Verein „SOJA"

Ausstellung „Kunst als Widerstand" Plakate - Ölbilder - Aktionen

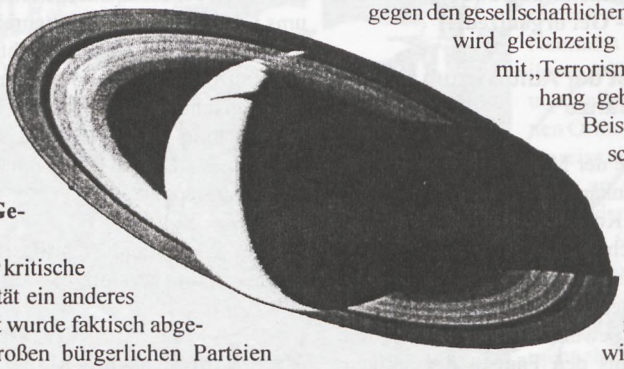
„Kunst und Kampf" entstand Mitte der 80er Jahre aus der autonomen Bewegung als konzeptionelle Idee für eine kulturpolitische Initiative. Grundlage für das Projekt KuK ist, den Begriff der Widerstandskultur als bewußtes Instrument im politischen Kampf einzusetzen. Bis heute entstanden mehrere hundert Arbeiten, wie Plakate, Ölbilder, Zeichnung und Straßentheaterstücke. Alle Aktivitäten von KuK standen und stehen im Zusammenhang mit einer politischen Aktion.

[Veranstaltungen siehe Veranstaltungskalender unter der Rubrik „Antifaschistische Widerstandswochen in Karlsruhe"]

Planet Antifa

Das offene Treffen der Autonomen Antifa und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg

Antifaschismus scheint heutzutage kein Thema mehr zu sein, die Pogrome in Hoyerswerda, Rostock, Solingen oder Mannheim-Schönau sind von vielen vergessen und Faschos sind für die meisten nur irgendwelche hirnlosen Idioten, die kein ernstzunehmendes Problem darstellen. Der ganze Aufstand um Naziparteien, „AusländerInnenhetze" und Asylgesetz kurz nach der Wiedervereinigung gilt als Geschichte; aber ist Deutschland heute wirklich die für alle gerechte demokratische, weltoffene Gesellschaft?



Leider zeigt der kritische Blick auf die Realität ein anderes Bild: Das Asylrecht wurde faktisch abgeschafft, und die großen bürgerlichen Parteien betreiben heute Politik mit Parolen, mit denen sich vor wenigen Jahren nur Naziparteien an die Öffentlichkeit wagten (siehe CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft). Um den verstärkten Ausbau des Sicherheitsapparates zu legitimieren, wird der Öffentlichkeit ein rassistisches Bedrohungsszenario präsentiert, in dem beispielsweise Flüchtlinge mit „organisierter Kriminalität", Obdachlose und sozial Schwache mit „aggressivem Betteln" oder „Sozialschmarotzern" gleichgesetzt werden; aktive antifaschistische Politik, die sich gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck wehrt, wird gleichzeitig kriminalisiert und mit „Terrorismus" in Zusammenhang gebracht. Aktuellstes Beispiel ist der Staatsschutzangriff auf Passauer Antifas, gegen die momentan wegen Bildung einer „Kriminellen Vereinigung" ermittelt wird, weil sie u. a. gegen die DVU-Parteitage aktiven Widerstand geleistet haben.

Gleichzeitig wird in den Medien der Naziterror zur Wahrung des weltweiten Ansehens der BRD weitestgehend verschwiegen, die faschistischen Gewalttäter werden zunehmend als Opfer gesellschaftlicher Defizite wahrgenommen; liberale, humanistische Stimmen sind dem Schweigen und der Akzeptanz gegenüber konservativen Positionen gewichen.

Naziorganisationen verzeichnen starken Zulauf, nahezu an jedem Wochenende marschieren irgendwo in der BRD Nazigruppierungen, Angriffe von Naziskins auf Menschen, die nicht in ihr faschistisches Weltbild passen, zählen in vielen Regionen fast schon

(Meist 2x) wöchentlich aktualisiertes Ansageband mit lokalen, regionalen und (natürlich keinen nationalen, sondern) bundesweiten Nachrichten über und gegen Nazis. Nach der Ansage können (und sollen!) auch Infos für Garfield aufgesprochen werden. Neue Postanschrift: **Garfield, Postfach 1126, 69401 Eberbach**

Wir sind AntifaschistInnen, die sich in Gruppen organisiert haben, um durch kontinuierliche Arbeit Rassismus und Neonazismus vehementen Widerstand entgegenzusetzen, den rechten Konsens zu durchbrechen und die Wurzeln des Faschismus zu bekämpfen.

zum Alltag, faschistische Ideologien und Verhaltensmuster bestimmen an vielen Orten schon die Jugendkultur und das Bild auf der Straße.

Wir finden diese Zustände untragbar, wollen stattdessen in einer Welt leben, in der Rassismus und Faschismus keinen Boden haben.

Jeden ersten Sonntag im Monat 19.00 Uhr im Kastra, Lauerstraße 1

Deswegen ist es wichtig, daß sich Menschen, die etwas gegen Faschismus und seine gesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen unternehmen wollen, treffen können, um sich gegenseitig zu informieren und einen aktiven antifaschistischen Widerstand gegen den rechten Mainstream zu organisieren.

Wer, Was, Wann, Wie, Wo? PLANET ANTIFA!

Das offene Treffen der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg:

Du interessierst Dich für Antifaarbeit und weißt nicht genau, was Du tun kannst und mit wem?

Oder Du bist aktiveR AntifaschistIn, neu in Heidelberg und Dir fehlen die Kontakte?

PLANET ANTIFA bietet aktiven Antifas und Menschen, die es werden wollen, die Möglichkeit, sich kennen zu lernen, Infos auszutauschen, Termine zu erfahren, Entwicklungen und Möglichkeiten antifaschistischer Politik zu erörtern und vor allem, in Antifaschistische Aktion zu treten.

PLANET ANTIFA ist ein offenes Treffen, zu dem jedeR kommen kann; hier kannst Du Fragen, Anregungen und Kritik loswerden, und Du hast die Möglichkeit aktiv zur Gestaltung des Treffens beizutragen; Wir freuen uns über Anregungen, Themenvorschläge, Filmtips etc.

PLANET ANTIFA ist eine Initiative der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA).

Take off zum ersten Treffen am Sonntag, 7. März '99, 19.00 Uhr im Kastra, Lauerstr. 1, Heidelberg

Autonome Antifa Heidelberg, organisiert in der AA/BO und

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA)

Postfach 104520
69035 Heidelberg
Tel/ Fax: 0 62 21 - 2 26 52 und

Schillerstraße 28
69115 Heidelberg

Den Nazis den Marsch geblasen!

Zum erfolgreich behinderten NPD-Aufmarsch am 05.09.1998 in Göppingen

Am 5. September vergangenen Jahres wollte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) in Göppingen ein „riesiges Spektakel" veranstalten. Damals berichteten wir in unserem redaktionellen Beitrag über die erfolgreiche antifaschistische Behinderung dieses faschistischen Aufmarsches (siehe Sabo, *Nr. 35, Oktober '98, Seiten 12/13). Was wir damals noch nicht wußten: an diesem aus antifaschistischer Sicht äußerst erfolgreichen Tag (etwa 1000 GegendemonstrantInnen machten den Aufmarsch von gerade mal 120 NPDlerInnen [!] zu einem Spießrutenlauf) hatte es nicht nur Grund zum Jubeln, sondern unangenehmerweise auch 28 Festnahmen von GenossInnen gegeben. Und die wiederum haben es jetzt selbstverständlich mit der Staatsgewalt zu tun, die ihnen unter anderem Nötigungen, Verstöße gegen das Versammlungsrecht, schwere Körperverletzungen und Landfriedensbrüche vorwirft. Einer dieser Antifas wurde vor kurzem zu 10 Monaten Haft auf 3 Jahre Bewährung verurteilt (Näheres dazu weiter unten). Wir haben neulich Infos aus Göppingen (vom September 1998 und vom Februar 1999) erhalten: die* AG zur Steigerung der Lebensfreude GP *rollt damit noch einmal die ganze Geschichte auf. Wir drucken die beiden uns vorliegenden Seiten leicht gekürzt ab, und hoffen, daß ihr LeserInnen euch zu einer Spende hinreißen lassen könnt. Am Ende des Textes ist das Solikonto angegeben, auf das ihr überweisen könnt.* -Sabotage

» Ein riesiges Spektakel wollte die NPD am 05.09.1998 der Faschoszene von Göppingen und Umgebung bieten. ... Doch aus dem als Großdemonstration angekündigten Aufmarsch in Göppingen wurde ein Fiasko für die Neofaschisten.

Ein klägliches Häufchen von gerade einmal ca. 120 Neonazis schaffte es, sich unter großem Polizeiaufgebot zu formieren; nicht wenige waren schon auf dem Weg zur Auftaktkundgebung ... von aktiven AntifaschistInnen abgefangen und davon überzeugt, besser nicht an der Demo teilzunehmen. Der Demozug ... konnte sich schließlich erst mit zweistündiger Verspätung und geschützt von mehr als 1500 PolizistInnen in Bewegung setzen. Die über 1000 GegendemonstrantInnen setzten sich dabei so entschlossen zur Wehr, daß die Polizei den Nazis ... Zentimeter für Zentimeter den Weg freikämpfen mußte. Letztere wurden währenddessen hin und wieder mit Wurfgeschossen bedacht, so daß der/die eine oder andere FaschistIn die Fahne mit der Krankenbahre eintauschen mußte. Die Stimmung unter den AntifaschistInnen war dabei unbeschreiblich positiv. ... Von Haß und Wut bis zu hämischem Spott, von Einkaufstaschen und Regenschirmen bis zu Blumentöpfen und Pflastersteinen bekamen die FaschistInnen (und vereinzelt auch die PolizistInnen) alles zu spüren. Letztlich konnten die NPD-AnhängerInnen nicht mal die Hälfte der geplanten Route marschieren, bevor sie ... durch den antifaschistischen Widerstand endgültig zum Stehen gebracht wurden. Um 19.00 Uhr ... wurden die Faschos ... schließlich direkt aus dem Kessel in zwei Polizeibusse verfrachtet und schnellstens aus der Stadt gebracht.

An diesem Tag zeigte sich wieder einmal ganz deutlich, wie wichtig eine Info-Koordination vor Ort und das Vorhandensein von Handys in den einzelnen Aktionsgruppen ist. Dabei empfiehlt es sich, eine Info-Telefonnummer zum Erhalt von Infos und ein zweites Telefon zur Weitergabe derselben einzurichten, so daß schnell und flexibel auf Faschobewegungen reagiert werden kann. Unter den AntifaschistInnen erfolgten im Verlauf des Tages 28 Verhaftungen.

Seit kurzem nun trudeln die ersten Anklageschriften und Strafbefehle ein. Die von den Strafbefehlen betroffenen Leute werden dagegen Berufung einlegen. Die erste Verhandlung gegen einen Stuttgarter Antifaschisten fand bereits am 09.02.1999 statt. Der Antrag auf Verlegung der Verhandlung - weil der Anwalt des Antifas an dem sehr kurzfristig bekanntgegebenen Gerichtstermin verhindert war -, wurde mit der Begründung ein Anwalt sei nicht nötig, abgelehnt. Der Antifa wurde schließlich wegen angeblicher Nötigung, schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch zu 500 Arbeitsstunden, 3 Jahre Führerscheinentzug und 10 Monate Haft (auf drei Jahre Bewährung) verurteilt! Auch hiergegen wurde sofort Berufung eingelegt.

Wir sehen nun einen ganz guten Batzen Kohle auf uns zukommen und möchten euch daher um eure Unterstützung bitten.«

AG zur Steigerung der Lebensfreude
c/o Bücherwurm
Gartenstraße 39
73033 Göppingen

Anmerkung der Redaktion:

Wenn ihr euch zu einer Spende durchringen könnt, dann steht euren Überweisungen folgendes Konto zur Verfügung:

ANARCHIST BLACK CROSS (ABC),
Volksbank Eislingen,
BLZ 610 605 00, KtoNr.: 268 134 006

Kein NPD-Aufmarsch am 20.03.99 in Bruchsal!

Erneut plant die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), einen Aufmarsch in Bruchsal bei Karlsruhe durchzuführen.

Dort sitzt ihr ehemaliger Vorsitzender Günter Deckert wegen verschiedener Vergehen (u. a. Volksverhetzung) in der JVA ein. Bereits zweimal konnte die NPD ungestört durch Bruchsal marschieren und „*Freiheit für Günter Deckert*" fordern [wir berichteten bereits in *Sabo* 09, 11 und 12/98, Anm. d. Red.]. Der letzte Versuch der Nazis, am 7. November 1998 durch Bruchsal zu marschieren, scheiterte an antifaschistischer Gegenmobilisierung; wegen der zeitlichen Nähe zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht wurde der Aufmarsch dann durch den Mannheimer Verwaltungsgerichtshof endgültig verboten. Daher können wir uns diesmal nicht auf ein Verbot verlassen. Bereiten wir uns also auf einen NPD-Aufmarsch in Bruchsal vor.

Jagen wir die Nazis
aus der Stadt!
Kein Fußbreit den Faschisten!

Antifaschistisches Aktionsbündnis
Rhein-Neckar

genaue Infos bei:
Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D. (0 62 72) 35 59

"Prinzipiell halten wir es für notwendig, daß in jeder Stadt eine offene Antifa-Gruppe existiert"

Interview mit der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA)

In den Sabos vor *der Januarausgabe hatten wir ja immer wieder einen „*Was sie schon immer über ... wissen wollten*"-Beitrag der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA) abgedruckt. In dieser Reihe setzte sich diese Gruppe bisher mit folgenden sicherheitspolitischen Komplexen auseinander: „*Heidelberger Polizeiverordnung*", „*Abschottung Europas*", „*Gendatei*". Nun wollten wir in der 38. Nummer den vierten Teil dieser insgesamt fünfteiligen Reihe veröffentlichen, - hatten dann aber die Idee, diese Gruppe unter der Rubrik „*linksregional*" zu interviewen - und dadurch in beiderseitigem Einvernehmen die Serie zu unterbrechen. Wir haben uns deshalb am 17. Dezember mit drei Leuten aus der AJA zu einem Plauderstündchen getroffen. Aber auf Grund interner Probleme mit einigen im Interview angesprochenen Themenbereichen schaffte es die AJA nicht, das Gespräch rechtzeitig konsensual abzusegnen. Jedenfalls hat es jetzt doch noch geklappt, und wir veröffentlichen nun das Ganze (mit wenigen nachträglichen Änderungen). Unsere GesprächspartnerInnen nennen sich im folgenden Maggie, Lisa und Bart:*

-Sabotage

Sabotage: Wann und aus welcher Situation heraus hat sich die Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA) gegründet?

Maggie: Die AJA wurde 1996 von drei bereits existierenden Antifa-Gruppen gegründet, und zwar von der Antifa Pänguin, der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifa Schwarze Lilie. Aus einer gemeinsamen Jugend-AG entstand dann die offene AJA, da es bis zu diesem Zeitpunkt nur geschlossene Gruppen in Heidelberg gab, und diese Gruppen fanden, daß es wichtig sei, etwas Neues für neue Leute zu machen. Dann wurden Flyer verteilt und Leute zu einem ersten Treffen eingeladen. Eine Zeitlang sind noch Leute aus den anderen Gruppen dringeblieben, aber mit der Zeit sind die dann 'rausgegangen

S: Ihr habt ja als Unterscheidungskriterium den Begriff „Jugend" in euren Namen aufgenommen. Gab es in Heidelberg und Umgebung zur Zeit eurer Gründung keine Antifa-Zusammenhänge, die sich explizit auch an ein jüngeres Publikum gewandt haben?

M: Es gab zu *der* Zeit zwei Antifa-Gruppen, die schon damals eher als Jugendantifas zu bezeichnen waren: die Antifa Schwarze Lilie und die Antifa Pänguin; die waren aber geschlossen - und genau das war das Hauptunterscheidungsmerkmal zur AJA.

S: Und trotzdem sind aus den Gruppen, die du gerade genannt hast, auch Leute zur AJA gekommen?

M: Die Gruppen haben sich später aufgelöst und ein Teil der Leute ist dann zur AJA gekommen.

Bart: Nochmal zu dem Jugendbegriff: es laufen im Moment Diskussionen in der AJA, ob wir den Begriff aus dem Namen 'raushaben wollen, da sich viele nicht mehr explizit als Jugendliche fühlen.

S: Apropos Namensänderung: Uns fällt auf, daß ihr nach eurer Gründung auf der AZ-Demo 1996 als Antifa Jugendfront aufgetreten seid. Warum habt ihr den Namen geändert?

M: Das war am Anfang in der Gruppe so, daß sich die Besetzung ganz stark geändert hat. Der

Name „Antifa Jugendfront" wurde vorgeschlagen - ich glaube von einem Vertreter der Autonomen Antifa Heidelberg - und die Leute haben dann gesagt, daß der Name okay sei. Später waren dann ganz andere Leute drin, die mit dem Namen nichts anfangen konnten, da „Front" irgendwie militaristisch klingen würde - und dann haben wir uns umbenannt.

S: Nochmal zum Jugendbegriff. Ist der damals bei der Gründung in irgendeiner Weise definiert worden, so als Altersbegrenzung. Ihr habt ja jetzt in eurer Zeitung *„Wort und Tat"* (WUT) in einem Kasten stehen, daß ihr zwischen 15 und 26 Jahre alt seid. Damals war das doch bestimmt anders, da waren doch sicher alle unter 20, oder?

M: Ja. Die AJA war damals auch dafür gedacht. Mit einer Ausnahme waren die Leute alle unter 20. Das mit der Namensänderung ist ja auch nur was für die Zukunft, da im Moment die meisten so um die 20 sind und in drei Jahren nicht mehr in der Jugendantifa sein wollen.

S: Heißt das, daß ihr es als Notwendigkeit anseht, überall dort, wo es - in welcher Form auch immer - „gewachsene" Antifa-Strukturen gibt, Antifa-Gruppen speziell für den Jugendsektor aufzubauen, aus denen dann die „älteren", „erfahreneren" Antifa-Zusammenhänge „schöpfen" können? Oder begreift ihr euch mittlerweile als eine völlig autonome, auf sich selbst zurückgeworfene politische Gruppe, die sich vornehmlich um die Politisierung von „Jugendlichen" oder SchülerInnen kümmert?

B: Prinzipiell halten wir es für notwendig, daß in jeder Stadt eine offene Antifa-Gruppe existiert. Was daraus später aber wird, ob die Menschen in andere Gruppen, die erfahrener sind, überwechseln oder ob sie sich für autonom erklären und eigenständige Politik machen, ist schwer zu sagen. Das soll dann den einzelnen überlassen bleiben. Wir begreifen uns inzwischen aber eher als autonome Gruppe.

Lisa: Wir denken auch, daß es sinnvoll ist, eigene Jugendgruppen zu haben, weil es für erfahrenere Leute nicht so „vernünftig" ist, mit Jugendlichen zusammenzuarbeiten, und umgekehrt Jugendliche kein Interesse an „professioneller" politischer Arbeit haben, also daß es schon Sinn macht, eine eigene Jugendgruppe zu haben, aber daß diese Gruppe dann nicht als „Pool" angesehen wird, aus dem die Leute später in die ältere Gruppe aufsteigen.

S: Es wäre für euch also durchaus denkbar, daß sich in den Städten oder Zusammenhängen parallel zu gewachsenen Strukturen auch Strukturen entwickeln könnten, die sich nicht unbedingt als Jugendantifa begreifen müßten. Es muß sich ja nicht alles am Alter festmachen; es gibt ja auch unerfahrene Leute, die noch nicht so fit sind, aber schon über 25 oder fast 30 sind und erstmal ans Thema herangeführt werden müssen. Hat es sich bei euch so ergeben oder war es ein Stützpfeiler, jung zu sein.

M: In der Gründungsphase war das schon so gedacht. Es ist ja nicht nur der Erfahrungsunterschied, sondern es ist in der Tat auch prinzipiell problematisch, wenn irgendwelche 14jährigen mit 28jährigen zusammenarbeiten. Auch wenn sie die gleiche Erfahrung haben, werden die 14jährigen trotzdem Probleme haben, sich gegen solche Erwachsenen durchzusetzen. Vom Auftreten, von der Allgemeinbildung her, von solchen Sachen.

L: Es müßte idealerweise zwei verschiedene Arten von offener Gruppe geben: eine offene Jugendgruppe und eine offene Gruppe für Ältere.

S: Bei euch ist das ja schon anders. Ihr hattet ja schon immer Kontakt zu den gewachsenen Antifa-Strukturen. Es lag den Leuten, die hier schon länger Antifa-Arbeit gemacht haben, etwas daran, sich um Leute zu kümmern, die „nachrücken". Wie war denn das Verhältnis am Anfang?

M: Das war vor allem bei der Antifa Pänguin so. Die war ja ähnlich wie die AJA entstanden, aus der Antifa Schwarze Lilie und aus der Autonomen Antifa. Da hat es am Anfang Probleme gegeben mit den gewachsenen Gruppen. Bei der AJA lief das eigentlich ganz okay.

S: Also war kein Beobachter oder keine Beobachterin zum Beispiel der Autonomen Antifa (AA) bei euch.

B: Dieser Beobachter hat sich dann sehr schnell zurückgezogen. Parallel zum Treffen der AJA liefen aber noch Diskussionen, wie Jugendarbeit am besten aufzuziehen sei, bei denen auch der Vertreter der AA dabei war.

S: Die Diskussion verlief ohne euch?

B: Mit den VertreterInnen der Antifa Pänguin und Schwarze Lilie.

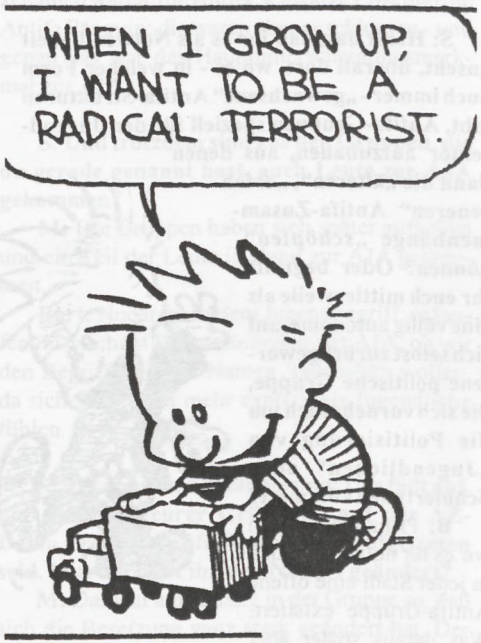
M: Von Lilie und Pänguin saßen auch VertreterInnen in der AJA. Am Anfang gab es auch damit Schwierigkeiten, weil das eben Leute waren, die schon länger was gemacht hatten, dann ganz neue Leute kamen, und dann trotzdem teilweise so ein ganz komisches Verhältnis innerhalb der Gruppe da war. Es war nicht ganz so schlimm, weil die Leute immerhin das gleiche Alter hatten. Ich denke, wenn das Leute sind, die vielleicht noch sechs, sieben Jahre älter sind, dann gibt das ein noch viel größeres Gefälle innerhalb der Gruppe.

L: Vor einem Jahr ungefähr kam dann so ein Schub neue Leute, unter anderen auch ich, die von anderen politischen Gruppen kamen - allerdings keine Antifas -, dann hat sich das schon so ein bißchen verselbständigt. Diese neuen Leute: das waren keine „blutigen AnfängerInnen", sie waren bloß vorher nicht in der Antifa gewesen. Eine Zeitlang war dann noch ein Vertreter der AA da. Er sollte aber in der AJA als gleichwertiges Gruppenmitglied dabei sein und nicht, weil wir seine Anwesenheit nur als vorteilhaft ansehen würden.

S: Irgendwie wollt ihr euch ja, das ergibt sich aus eurer Gruppenstruktur und Herangehensweise, in irgendeiner Art und Weise von den anderen hier bestehenden Gruppen, Strukturen oder Zusammenhängen unterscheiden. „Jugend" ist ein Block. Wir denken mal, daß es eure Gruppe nicht nur deshalb gibt, weil da nur Leute unter 20/21 drin sind, sondern ihr habt in letzter Zeit durch Veröffentlichungen so etwas wie ein eigenes politisches Profil gewonnen. Seid ihr unzufrieden mit den Sachen, die andere Antifa-Gruppen machen?

M: Wir sind halt eine offene Gruppe, und ich denke, es gibt die Gründe, warum Leute von uns nicht dieses „Aufsteigen" in andere schon länger bestehende Gruppen machen wollen.

L: Ja, genau: Wir sind offen und andere Gruppen eben nicht.



M: Wir versuchen, über eine reine Anti-Nazi-Arbeit hinauszugehen, weil wir denken, daß diese Arbeit zwar auch wichtig ist, aber langfristig zu keinem befriedigenden Ergebnis kommen kann, weil mensch das immer im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sehen muß.

L: Aber das macht die Autonome Antifa Heidelberg auch...

S: Ihr könnt euch also nicht mehr vorstellen, als „Jugendantifa" in einer anderen antifaschistischen Gruppe „aufzugehen"? - Die Frage müßt ihr euch schon gefallen lassen, sonst könnten folgende kommen: „Warum gibt's euch dann, wenn genau die Themen auch von anderen Gruppen abgedeckt werden? Da könntet ihr auch bei denen mitmachen und zusammen eine größere Gruppe bilden?

B: Genau dieselben Themen sind das nicht, die abgedeckt werden. Es gibt schon einige Unterschiede zwischen der AJA und - zum Beispiel - der Autonomen Antifa, die uns doch relativ nahesteht, weil wir uns im Gegensatz dazu klar von den sich kommunistisch nennenden Ländern abgrenzen und keine TraditionskommunistInnen in unseren Reihen haben, während sich die Autonome Antifa davon nicht so stark abgrenzt. Außerdem haben die meisten von uns auch mit Organisationen wie der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) Probleme.

S: Warum?

B: Das ist uneinheitlich. Teilweise, weil eine Organisation zu verbindlich, zu zentralistisch ist. Teilweise wegen inhaltlicher Gründe, weil sich die AA/BO zum Beispiel auch nicht von dem sogenannten Kommunismus abgrenzt - das ist ein Problem, was viele Mitglieder der AJA mit der AA/BO haben.

L: Es ist hauptsächlich der Punkt, daß da eine gewisse Einheitsfront geschaffen werden soll, die eigentlich gar nicht besteht, indem Unterschiede übertüncht werden und ein scheinbarer Konsens aufgebaut wird, der so nicht existiert.

M: Das Problem ist eigentlich, mit wem da eine Einheitsfront geschaffen werden soll, nämlich mit irgendwelchen Leuten, wo wir sagen, daß wir mit denen inhaltlich nicht mehr soviel am Hut haben.

S: Die Autonome Antifa Heidelberg (AA), die wir im April dieses Jahres interviewt haben, hat behauptet, daß antifaschistisch interessierte junge Menschen, die sich organisieren wollen, *sofort* zur „offenen" AJA gehen können, weil die AA *„eine relativ geschlossene Gruppe [ist]"*, in die nicht so leicht 'reinzukommen sei. Seht ihr euch durch solche Aussagen „instrumentalisiert"?

M: Nein, wir freuen uns darüber, wenn die AA Werbung für uns macht.

B: Es gibt ja tatsächlich den Unterschied, daß die AA geschlossen ist, und deswegen NeueinsteigerInnen da nicht so leicht 'reinkommen.

S: Ist es denn so, daß NeueinsteigerInnen zuerst zu euch kommen und dann von der AA „abgeschöpft" werden können?

M: Ja, das ist auch völlig in Ordnung. Die Leute sollen schon in die Gruppe gehen, die ihnen eher liegt. Das ist kein Problem für uns.

L: Außerdem ist es für eine Gruppe von außen nicht so einfach, aus der AJA Leute 'rauszuziehen. Weil wir uns innerhalb der Gruppe ziemlich gut verstehen, ist auch ein gewisses Gruppengefühl vorhanden.

S: Seht ihr das auch so, daß Antifa-Strukturen eher zu den linksradikalen Zusammenhängen zu zählen sind, die von den meisten quasi als Durchlauferhitzer „mitgenommen" und dann nach ein/zwei Jahren wieder verlassen werden? Ihr müßt als jugendorientierte Gruppe da ja noch negativere Erfahrungen als andere Gruppen machen, oder?

L: Auf jeden Fall gibt es viele Menschen, die für eine kurze Zeit in die Antifa gehen, weil sie es interessant oder cool finden und nach 'ner Weile feststellen, daß es doch nicht ihr Ding ist, und die im Grunde auch nicht wirklich links oder politisiert sind, und die dann die Gruppe wieder verlas-

sen. Das ist auf jeden Fall unbefriedigend. Trotzdem kann mensch sagen, daß wir einen festen Kern haben.

S: Tut ihr was gegen die Fluktuation? „Durchlauferhitzer" soll einfach nur heißen, sie auf die bürgerliche Karriere vorzubereiten, mit Durchsetzungsvermögen usw. auszustatten. Redet ihr bezüglich solcher Problemfelder mit den Leuten, oder habt ihr überhaupt keinen Kontakt die restliche Woche über?

M: Wir bemühen uns zum Beispiel darum, daß die Leute auch irgendwelche theoretischen Sachen mitkriegen. Wir machen manchmal außerhalb des Plenums Theorietreffen, auf denen wir versuchen, über bestimmte Sachverhalte zu diskutieren. Ich denke, daß die Leute da schon zu einem politischen Bewußtsein kommen.

B: Wir haben auch ein Camp veranstaltet, auf dem wir versucht haben, inhaltliche Gemeinsamkeiten zu finden, die über Anti-Nazi-Arbeit hinausgehen, um darüber die Menschen auch weiter zu politisieren.

S: In welcher Kontinuität seht ihr eure Gruppe?

B: Wir sehen uns eigentlich nicht in einer speziellen historischen Tradition, das wäre auch bei allen ziemlich unterschiedlich. Eher gibt es einige Fraktionen in der Geschichte, mit denen wir etwas gemeinsam haben. Wir beziehen uns jetzt nicht explizit auf *die* linke Geschichte, wenn es so etwas überhaupt gibt, sondern gucken eher mal nach dem Hier und Jetzt. Auch der Name „Antifaschistische Aktion" hat nichts mit der historischen Antifaschistischen Aktion zu tun, außer dem Namen selbst.

M: Wir haben den Namen jedenfalls nicht deswegen gewählt.

B: Der Name ist ja am Anfang entstanden, als die Zusammensetzung der AJA noch eine ganz andere war.

S: Der ganze Name „Antifaschistische Jugend Aktion" ist - abgesehen vom Jugendbegriff - durchsetzt mit Wörtern, die Bezüge haben zur Historie - ob ihr das gut findet oder nicht, sei jetzt mal dahingestellt. Sich „Antifa Aktion" zu nennen, ist ein Stück weit die Herstellung eines (historischen) Bezuges, sonst hättet ihr euch auch beispielsweise „Jugendgruppe gegen Faschismus" nennen können.

M: Der Name stammt noch aus der Zeit kurz nach der Gründung. Mir zum Beispiel war zu jener Zeit der historische Bezug gar nicht klar.

L: Ich glaube, die meisten aus der Gruppe kennen weder die historische Tragweite des Namens, noch machen sie sich allzuviele Gedanken darüber. Die haben den Namen einfach so hingenommen, weil er aussagt, daß wir „antifaschistisch" sind und „Aktionen" machen.

M: Die meisten in unserer Gruppe halten einen geschichtlichen Bezug für nicht besonders wichtig. Mit dem Begriff „Antifa" beziehen wir uns eher auf bestehende Gruppen und zeigen somit auf, daß es mit denen ungefähr eine Richtung gibt.

B: Ich persönlich will mich da nicht diffus auf eine antifaschistische Bewegung beziehen, die sehr heterogen ist, aus der ich überhaupt keine einheitliche Linie herausdestillieren kann. Es geht um einen Konsens: gegen Faschismus - um mehr eigentlich nicht.

L: In gewisser Weise beziehen wir uns schon auf die heutige autonome Antifa-Bewegung und sehen uns auch eher innerhalb der bundesweiten Antifa-Bewegung.

S: Ihr seid ja eine ziemlich offen Gruppe. Führt das - im Hinblick auf Verbindlichkeiten - auch häufig zu Problemen?

M: Ja, schon.

B: Wobei es einen Unterschied gibt zur Gründungszeit, als die Fluktuation sehr groß war. Die Gruppe hat sich bis jetzt quasi dreimal komplett ausgewechselt, während sich immerhin ein Kern herausgebildet hat, der zwar nicht superkontinuierlich arbeitet, aber so, daß mensch schon von einer gefestigteren Gruppe sprechen kann.

M: Es hat sich auf jeden Fall total gebessert. Am Anfang war es so: die Leute kamen überhaupt nicht regelmäßig zum Plenum, weil sie dachten, es reicht, wenn sie alle vier Wochen mal vorbeigukken. Die Leute haben dann irgendwelche Sachen übernommen, die sie überhaupt nicht gemacht haben - so kann mensch halt nicht arbeiten. Es hat sich schon sehr stark gebessert, aber es gibt immer noch Sachen, die zu bemängeln sind.

S: Ihr habt ja in diesem Sinne noch weniger „Druckmittel" als andere Gruppen, also irgendwelche Möglichkeiten, den Leuten zu sagen: Wenn ihr 15 mal nicht kommt, dann haben wir keine Lust mehr auf euch, dann „fliegt ihr raus". Oder macht ihr sowas doch? Wie haltet ihr die Gruppe zusammen?

B: Wir haben eigentlich kein Druckmittel, weil die Gruppe ja offen ist, das heißt, jeder Mensch kann auch vorbeischauen, das ist nicht ausgeschlossen. Wir versuchen, über persönliche Kontakte und eine Politisierung das Bewußtsein dafür zu schaffen, daß es notwendig ist, kontinuierlich und verbindlich zu arbeiten.

S: Gibt es in der Gruppe auch Probleme zwischen den Leuten, die schon länger dabei sind, und denen, die neu dazukommen? Zum Beispiel durch Vorsprünge oder ähnliches. Wenn ja: Wie baut ihr dieses Gefälle ab, wie geht ihr damit um?

L: Wir haben uns darüber auch schon Gedanken gemacht, daß wir tatsächlich komplizierte theoretische Fragen zwar auch auf dem Plenum diskutieren, aber diese Fragen teilweise auslagern oder in externen Kleingruppen diskutieren. Die Leute sollen zusätzlich noch „privat" und über persönliche Kontakte politisiert werden. Das bezieht sich hauptsächlich auf neue Leute.

B: Es gibt aber immer das Problem der Vereinnahmung - gerade dann, wenn ein Flugblatt von uns erscheint, das ein bißchen inhaltlicher ist. Bei Menschen, die erst neu dabei sind, und die sich gerade politisieren, ist es klar, daß die nicht auf jeden einzelnen Satz festgenagelt werden können. Das ist aber eine Spannung, die notwendigerweise da sein muß, wenn eine Gruppe nicht beim üblichen „Stiefelfaschisten sind böse" hängenbleiben will. Wir versuchen das aber durch Theoriediskussionen oder über organisatorische Einbindung abzubauen.

S: Wie wichtig sind euch die persönlichen Kontakte?

B: Wir versuchen zum Beispiel, in der Pause gerade auf neue Leute zuzugehen und sie außerhalb des Plenums einzubinden. Bei Leuten, die wir kennen, ist das ganz klar einfacher.

S: Wie sieht das mit Repression aus?

B: Wir arbeiten sehr legalistisch und machen in der AJA keine illegalen Aktionen - von daher ist das eher unproblematisch. Mit der Kriminalisierung ist das aber trotzdem ein Problem, gerade, wenn neue Leute kommen, die niemand von uns kennt.

S: Mit welchen Themen habt ihr euch in den letzten Jahren auseinandergesetzt?

M: Zur „Inneren Sicherheit", zum Asylrecht

haben wir eine Veranstaltung an einer Schule gemacht. Zu Burschenschaften wollten wir noch was machen, das hat aber bisher nicht hingehauen.

L: Wir haben gegen Nazi-Aufmärsche mobilisiert. Wir haben auch eine eigene Anti-Nazi-Kampagne gemacht, innerhalb derer wir in die umliegenden Dörfer gefahren sind und dort Präsenz gezeigt haben durch Plakate, Flugblätter usw.

B: Im Rahmen des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar (AARN) haben wir uns an der diesjährigen Mobil-Tour beteiligt, und wir wollen uns da in Zukunft ein bißchen mehr einklinken. Im Rahmen einer Kampagne zur „Inneren Sicherheit" haben wir Flugblätter verteilt, eine Plakat- und Aufkleberaktion durchgeführt und eine Broschüre erstellt.

M: Alle vier Wochen sind wir am Anatomieplatz in Heidelberg mit einem Infostand vertreten - jeweils am letzten Freitag im Monat.

S: Wo liegen die Schwerpunkte eurer Arbeit?

B: Die „Innere Sicherheit" war im vergangenen Jahr der Schwerpunkt, und jetzt wollen wir verstärkt auf Stiefelfaschisten eingehen. Zudem geben wir ja die „*Wort und Tat*" (WUT) heraus, eine Jugendzeitung, die alle zwei bis drei Monate kostenlos an Schulen verteilt wird. Ansonsten machen wir auch beliebige Aktionen zu punktuellen Themen - eher so Nadelstiche. Wir haben gerade zum Beispiel Flugblätter vor einem Heidelberger Kino verteilt, in dem der Nazi-Propagandafilm „Jud Süß" gelaufen ist.

M: Mit der Aktion waren wir auch in der Rhein-Neckar-Zeitung. Dort hieß es dann „Protest gegen Filmvorführung" - und es wurde ein Teil unserer Presseerklärung abgedruckt.

S: Habt ihr als Gruppe konkrete Vorstellungen einer gesellschaftlichen Utopie?

B: Es gibt zwar keine einheitliche Vorstellung einer Utopie, aber die meisten sind schon antikapitalistisch und wollen eben - wie mensch das auch immer nennt - eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaft, wobei wir uns eben - das wurde ja eingangs schon erwähnt - vom nominalen Kommunismus, dem „Real-Sozialismus" abgrenzen. Das war für uns kein Kommunismus. Ansonsten schwanken die Meinungen zwischen Anarchismus und Kommunismus in allen Bandbreiten.

S: Wollt ihr noch irgend etwas loswerden?

L: Wir möchten nochmal alle interessierten Leute herzlich einladen, in unsere Gruppe zu kommen. Das Alter spielt keine Rolle. Ansonsten bedanken wir uns dafür, von euch interviewt worden zu sein.

S: Wir danken euch für dieses ausführliche Gespräch.

Anmerkung der Redaktion:

Vor kurzem hat die AJA unter der Losung „*Schluß mit der NATO-Kriegspolitik*" eine 52seitige Materialsammlung zum Kosovo-Konflikt ediert, die sie für 4,- DM anbietet. „*Den Schwerpunkt* [dieser empfehlenswerten] *Sammlung bilden mehrere Artikel aus der jungle world, die zunächst einen chronologischen Überblick des Konflikts geben sollen. Danach folgen Artikel aus den Publikationen konkret, Bahamas, junge Welt und Graswurzelrevolution.* [Somit] *repräsentiert sie ... mehrere linke Positionen und bietet einiges an Material, um sich in das Thema einzuarbeiten.*" Ihr könnt sie entweder an einem der AJA-Infostände ergattern, die jeweils am letzten Freitag im Monat auf dem Heidelberger Anatomieplatz abgehalten werden, oder beim ersten Take off in der Lauerstraße 1 (am 07.03.1999) kaufen (siehe Planet Antifa-Text).

Demos & Veranstaltungen

Sa. 06.03.
Antifa-Widerstandswochen in Karlsruhe 19.00 Uhr

Eröffnung der Ausstellung „*Kunst als Widerstand*" im Café Palaver KA

An diesem Eröffnungsabend wird Bernd Langer, Autor des Buches „**Kunst als Widerstand**. *Plakate, Ölbilder, Aktionen, Texte der Initiative Kunst und Kampf*", einen Diavortrag halten; außerdem wird das Theaterstück „*Szenen aus der Geschichte des Widerstands*" aufgeführt. Die Ausstellung ist ab diesem Zeitpunkt bis zum 26.03.1999 im Café Palaver frei zu besichtigen; die Bilder werden aber auch bei jeder der folgenden Veranstaltungen zu sehen sein.
[Näheres dazu im Text in dieser *Sabo*.]
Beginn: 19.00 Uhr, Café Palaver, Steinstraße 23, „Gewerbehof" Karlsruhe, Unkostenbeitrag: 3,-

Veranstaltet von SDAJ, Antifa-Kollektiv Maus, Infoladen „Fisty"

Sa. 06.03.
AHA!-Propaganda-Tour in Bietigheim 20.00 Uhr

Konzert im Jugendhaus Farbstraße Bietigheim

AHA! ist das kostenlose, bisher neunmal erschienene *Zentralorgan für bösartige Propaganda*.

AHA! ist ein aus Stuttgart stammendes Zeitungsprojekt der aha-Redaktion und der a2 (quadrat).

AHA! kämpft seit Jahren für die unkontrollierte Vermehrung subversiver Elemente.

Nun geht dieses Zentralorgan - aus finanztechnischen Gründen - auf Propaganda-Tour. Erste Station mehrerer Solikonzerte ist das Jugendhaus in der Bietigheimer Farbstraße. Folgende Bands werden aufspielen:

END OF GREEN (Doomgrungemetal aus Göppingen), OUT OF INDEPENDENT (Grungecore aus Stuttgart), SMRT (HC aus Stuttgart).
Beginn: 20.00 Uhr, Jugendhaus, Farbstraße, Bietigheim, Unkostenbeitrag: 8,- DM

Veranstaltet von AHA! - Antifa Heißt Angriff!

Do. 11.03.
Infoveranstaltung in HD 19.30 Uhr

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Sonja Wallenborn und Tobias Pflüger zum Thema „Krieg(spolitik) gegen den Irak" im Karlstorbahnhof HD

»Sonja Wallenborn [von der Deutsch-Arabischen Friedensgesellschaft] war in den letzten Jahren mehrfach ... im Irak und wird berichten, wie sie die Angriffe erlebt hat, wie die aktuelle Situation im Land ist und welche Auswirkungen das Embargo hat. Tobias Pflüger [von der Tübinger Infostelle „Militarisierung"] wird versuchen, aufzuzeigen, wozu die jüngsten Bombenangriffe dienen sollten...«

Beginn: 19.30 Uhr, TIKK-Theater (im Dachgeschoß), Karlstorbahnhof, Heidelberg

Veranstaltet vom Heidelberger Bündnis gegen den Golfkrieg

Sa. 13.03.
Mega-Party in Karlsruhe 21.00 Uhr

Die ultimative Mega-Party „*Tanz unter'm Sternenhimmel*" in der „*Steffi*" in Karlsruhe

»Wir bieten: Einfallsreiche, aufwendige Dekoration, „astrologische Beratung", elementare Cocktails, wirkliche Sternstunden mit ausschweifender Musik und einiges Lustiges mehr. Ihr könntet bieten: Eine witzige, kreative Verkleidung zu eurem jeweiligen Sternzeichen.«
Beginn: 21.00 Uhr, „*Steffi*", Schwarzwaldstraße 79 (hinter'm Hauptbahnhof), Karlsruhe
EXKLUSIV FÜR FRAUEN!

So. 14.03.
Antifa-Widerstandswochen in Karlsruhe 19.00 Uhr

Filmvorführung „*Sobibor*" und Vortrag zum Widerstand in Konzentrations- und Vernichtungslagern im AKK KA

In dem 143minütigen Film „Sobibor" (USA/Jugoslawien 1987) werden die Ereignisse geschildert, »die am 14.10.1943 zu einer Massenflucht aus dem Vernichtungslager „Sobibor" führten. Ein engagierter Beitrag zur Geschichte. In zurückhaltenden Bildern, mit einfühlsamen Schauspieler[Inne]n, setzt der Film auf die Assoziationskraft des [der] Zuschauers [Zuschauerin].« Danach wird es die Möglichkeit geben, über den anschließenden Vortrag zum Widerstand in Konzentrations- und Vernichtungslagern zu diskutieren.

Beginn: 19.00 Uhr, AKK, Universität Karlsruhe

Veranstaltet von SDAJ, Antifa-Kollektiv Maus, Infoladen „Fisty"

Mo. 15.03.
Punk-Konzert in Karlsruhe 22.00 Uhr

Punk-Konzert in der „*Steffi*" in Karlsruhe

PXAXIXN aus Bristol (UK) knallen an diesem Abend ihren „Magic-Jägermeister-Punk" auf die Bühne. Was soll mensch noch dazu sagen - außer: Kommt vorbei und schaut's euch an!

Beginn: 22.00 Uhr, „*Steffi*", Schwarzwaldstraße 79 (hinterm Hauptbahnhof), Karlsruhe

Fr. 19.03.
Arbeitskonferenz in Berlin 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion im Berliner Mehringhof

Zum Auftakt der „*Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung*" werden sich Marco Revelli aus Turin, AC!-VertreterInnen aus Frankreich, Brigitte Young aus Berlin, Angela Klein vom *Bündnis Euromärsche*, Cora Molloy von der *Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen* und eine Vertreterin der Frauengruppe „*Glanz der Metropole*" ein disputisches Stelldichein liefern.

Beginn: 19.00 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Sa. 20.03.
Arbeitskonferenz in Berlin ab 9.30 Uhr

An diesem Tag werden die Arbeitsgruppen „*Sozialstaatskritik*", „*Ende der Lohnarbeit?*", „*Tendenzen kapitalistischer Entwicklung*", „*Feministische Ökonomiekritik*" und „*Prekarisierung*" stattfinden. (Die ausführlichen Selbstdarstellungen dieser Arbeitsgruppen können dem „*Schluß mit dem Streß!*"-Faltblatt entnommen werden.)

Beginn: 9.30 Uhr, Mittagspause: 12.30 bis 15.00 Uhr; AG-Fortsetzung: 15.00 bis 19.00, Humboldt-Universität Berlin; danach Party (Ort unbekannt)

Sa. 20.03.
Antifa-Widerstandswochen in Karlsruhe 16.00 Uhr

Diskussionsveranstaltung mit Peter Gingold (VVN-BdA) und Klaus Viehmann in der „Steffi" KA

An diesem Abend treffen ein Widerstandskämpfer in der Résistance und ein ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni zusammen, um über ihre Erfahrungen und Perspektiven zu reden. Das dürfte reichen, um ein interessanter Abend zu werden...

Beginn: 16.00 Uhr, „Steffi", Schwarzwaldstraße 79, Karlsruhe, Unkostenbeitrag: 3,- DM

Veranstaltet von SDAJ, Antifa-Kollektiv Maus, Infoladen „Fisty"

So. 21.03.
Arbeitskonferenz in Berlin ab 9.30 Uhr

»Am letzten Tag der Konferenz soll die Gelegenheit noch einmal genutzt werden, um - in neu zusammengesetzten Foren – Fragen von Strategie und Praxis zu erörtern und ein Resümee zu ziehen: Ist diese Forderung nach Existenzgeld zusammen

mit der nach radikaler Arbeitszeitverkürzung dazu geeignet, eine Strategie zur Überwindung der Lohnarbeitsgesellschaft einzuschlagen? Welche praktisch-politischen Schritte sind dafür nötig, und wie können die daran Interessierten eine Bündelung der Kräfte erreichen? Schafft eine dezentrale Vernetzung genügend Raum für Unterschiede und Besonderheiten, ohne dabei eine ausreichende Schlagkraft einzubüßen, die für eine Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation vonnöten ist? Schließlich wird auch der Frage nachzugehen sein, inwieweit wir mit der Konferenz unsere Bemühungen verstärken, nicht nur erträgliche Lebensbedingungen im Kapitalismus auch für diejenigen zu gewährleisten, denen eine „moderne" Lebenskarriere vergönnt ist – aus welchen Gründen auch immer. Vielmehr werden wir uns an unserem Beitrag messen lassen müssen, mit dem wir zur Überwindung einer Vergesellschaftungsweise beisteuern, die für viele immer noch Schicksalscharakter trägt und deren Lebensweise keineswegs dem erreichten gesellschaftlichen Reichtum entspricht.«
Beginn: 9.30 Uhr, Humboldt-Universität Berlin

Fr. 26.03.
Antifa-Widerstandswochen in Karlsruhe 19.00 Uhr

Informationsveranstaltung mit Video- und Dia-Präsentation über die faschistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands/Junge Nationaldemokraten im DGB-Haus KA

Beginn: 19.00 Uhr, DGB-Haus (Großer Saal), Ettlinger Straße 3a, Karlsruhe

Veranstaltet von SDAJ, Antifa-Kollektiv Maus, Infoladen „Fisty", unterstützt von der IG-Metall-Jugend Karlsruhe

Mo. 29.03.
Punk-Konzert in Karlsruhe 22.00 Uhr

Punk-Konzert mit SUBHUMANS in der „*Steffi*" in Karlsruhe

»„The day the country died" verkündete [die englische Anarchoband] SUBHUMANS Anfang der 80er. Nunmehr, fast 20 Jahre später, gehen sie in Europa wieder auf Tour, nachdem sie kürzlich in den USA sehr erfolgreich tourten. In Los Angeles spielten sie letztes Jahr vor 5 000 ZuschauerInnen. Subhumans kommen aus England und sind neben CRASS eine der bekanntesten Anarcho-Punk-Bands. Welcher/Wem CITIZEN FISH ein Begriff ist, der/dem wird Subhumans familiär sein, da einige Bandmitglieder in beiden Bands zu Hause sind. Also: Haare aufgestellt und Rastalokken gezwirbelt, und nichts wie hin zum Abend unter der Anarcho-Punk-Flagge.«
Beginn: 22.00 Uhr, „*Steffi*", Schwarzwaldstraße 79 (hinter'm Hauptbahnhof), Karlsruhe

Fr. 02.04.
Internationale Konferenz in Berlin

Internationale Arbeitskonferenz *„Befriedung oder Befreiung. Perspektiven internationaler Solidarität"* in Berlin

An diesem Tag beginnt die Konferenz. »An vier Tagen wird es in Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen um gegenseitige Information und Fragen der Solidarität gehen: Politische Gefangene in Friedensverhandlungen, im Krieg, nach Militärdiktaturen, in den Industriemetropolen. Wie ist ihre Lage und was ist zu tun? Was ist die Antwort auf die Zerstörung von Würde und Identität. Was ist Moral und was ist Recht? Was verlangt internationale Solidarität heute?«
[Anmerkung der Redaktion: Zwei Veranstaltungen stehen bereits: „*Kein Friede ohne Gerechtigkeit*" (02.04., Humboldt-Uni) und „*Perspektiven internationaler Solidarität*" (05.04., Volksbühne). Wenn ihr auf dem laufenden gehalten werden wollt, dann könnt ihr zur Informationsbeschaffung Kontakt aufnehmen zu: Konferenzbüro, Yorckstraße 59, 10965 Berlin (Fax: (030) 78 89 99 02; eMail: konferenz@libertad.de, url: www.libertad.de).]

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im März/April

Fr, 05.03.	Rock-Konzert mit KELLY IN THE GARBIDGE u. a.	20 Uhr
Sa, 06.03.	VEB laut & lästig präsentiert:	
	DADDY LONLEG und SIMULCAST	20 Uhr
Fr, 12.03.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22 Uhr
Sa, 13.03.	Hardcore-Konzert mit	
	DIAVOLO ROSSO, AMYEDAL, STAGNATIONS END und ÖPSTAND	20 Uhr
Fr, 19.03.	VEB laut & lästig präsentiert:	
	Nacht des geschmacklosen Films - mit mindestens 4 Filmen	
	in 2 beheizten Schausälen! Auf Großleinwand und echt ohne Geschmack...	20 Uhr
Sa, 20.03	Krempelmarktfrühstück	8 Uhr
	N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF die Mitternachtsdisco im JUZ	23 Uhr
Fr, 26.03.	bermuda.funk-party mit DJ's des bermuda.funk:	
	drum 'n' bass mit DJ Kenneth (shut up and dance) u. a.	22 Uhr
Sa, 27.03.	Punkcore-Konzert mit NO EXIT u. a.	20 Uhr
So, 28.03.	Informations- und Diskussionsveranstaltung des VEB laut & lästig:	
	"Der Coburger Convent"	17 Uhr
Di, 30.03.	Hardcore-Konzert mit CODE 13 (USA) u. a.	20 Uhr
Sa, 03.04.	VEB laut & lästig präsentiert:	
	Punk-Konzert mit GEORGE und BROTHAUS	20 Uhr
Fr, 09.04.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22 Uhr
Sa, 10.04.	VEB laut & lästig präsentiert:	
	Punk-Konzert mit VERSAUTE STIEFKINDER und THE ANNOYED	20 Uhr
Do, 15.04.	Freiraum-Café mit	
	Informations- und Diskussionsveranstaltung des VEB laut & lästig:	
	"Sogenannte Skinheads: Hammerskins und Blood & Honour"	20 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim